

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Freitag, den 31. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Liberal-demokratische Arbeiter.

Ein Teil der liberalen Presse wimmelt jetzt täglich von Protestresolutionen und anderen mehr oder minder energischen Kundgebungen liberaler Wähler gegen die Regierung und gegen die Haltung der liberalen Fraktionen in Sachen der preußischen Wahlrechtsfrage. Einen greifbaren Erfolg hat all diese Entrüstung bisher nicht gezeitigt; diejenigen liberalen Politiker, die nun einmal maßgebend sind, haben noch in keiner Weise verlauten lassen, daß sie die Blockpolitik nicht mehr mitmachen wollen — und darauf allein kommt es doch am Ende an. Deshalb wirken all diese Protest-Kundgebungen nachgerade ermüdend. Was soll man sich noch viel mit ihnen beschäftigen, da sie doch am Gange der praktischen Politik nichts zu ändern vermocht haben. Sie können nur mehr symptomatische Bedeutung beanspruchen, insofern man an ihnen die innere Beschaffenheit der liberalen Wählerschaft selbst einigermaßen studieren kann. Das ist aber auch alles.

In dieser Beziehung nun dünkt uns lehrreich der Aufruf des „liberal-demokratischen Arbeiterausschusses zu Düsseldorf, den wir dieser Tage erwählten. Der Ausschuß ist außerordentlich unzufrieden mit der „schmähtlichen Haltung der freisinnigen Abgeordneten im Landtage gegenüber der Erklärung des Fürsten Bismarck in der Wahlrechtsfrage“. Er tadelt mit besonderer Schärfe den „sich linksliberal nennenden“ Abgeordneten Hecksher, und hat derraßen das Vertrauen zu den Liberalen verloren, daß er bekanntlich auf den 23. Februar nach Essen einen „fortschrittlichen Arbeitertag“ für Rheinland und Westfalen einberuft, der offenbar eine eigene politische Organisation der „liberal-demokratischen Arbeiterschaft“ in die Wege zu leiten bestimmt ist.

Ob etwas daraus wird, ob man am 23. Februar in Essen — es handelt sich vorwiegend um Hirsch-Dunkerische Gewerkvereine — wirklich dem politischen Liberalismus den Stuhl vor die Tür setzen wird, das wollen wir in aller Seelenruhe abwarten. Und wenn das nicht geschieht, dann hat doch wiederum das ganze Donnergepolter nicht den geringsten praktischen Zweck. Oder sollten die „liberal-demokratischen Arbeiter“ wirklich auch heute noch in dem Wahn sich wiegen, als könnten die bürgerlich-liberalen Parteien sich ändern? — Wir wagen vorläufig noch nicht zu hoffen, daß sie von diesem Wahn bereits gründlich befreit sind. Der Grund unserer geringen Hoffungslosigkeit ist nicht nur das bisherige Verhalten der Liberal-Demokratischen, sondern auch die Begründung ihres gegenwärtigen Aufrufs, worin folgende Zeilen vorkommen:

„Die preußisch-deutsche Regierung hat der außerhalb der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterschaft eine schwere Enttäuschung bereitet. Zum Dank dafür, daß diese bei den letzten Reichstagswahlen national stimmte, lehnt sie fast jedes Entgegenkommen an die Arbeiterschaft — Wahlrechtsfrage, Vereinsgesetz usw. ab.“

Also, die Liberal-Demokratischen erwarteten Dank dafür, daß sie voriges Jahr „national“ gestimmt haben! Uns fällt da ein allerliebtes kleines Spottgedicht ein, das nach der letzten Reichstagswahl der Wochenplauderer des „Hamburger Echo“ in die allgemeine Begeisterung spendete. Es fing mit den Worten an: „Nun, Michel, mach den Buckel krumm, die Schläge zu empfangen.“ Den Dank, d. h. die Schläge, die das einzige Ergebnis der letzten Reichstagswahl sein konnten, hat doch die deutsche Arbeiterklasse im abgelaufenen Jahr wahrlich reichlich genug eingestrichen. In der Hoffnung auf Dank haben die Liberal-Demokratischen den Feinden ihrer eigenen Klasse die Macht in die Hände gegeben, und nun die Schläge hagelnd auf ihren eigenen Rücken herniederzulassen, stehen sie da in „schwerer Enttäuschung“! Ob die Herren jemals begreifen werden, wie falsch es ist, wenn man sich politisch anders betätigt als zur Stärkung der Macht der eigenen Klasse?

Aber das ist noch nicht alles. Kann denn irgend jemand, der die Zustände im Deutschen Reich mit nüchternen „realpolitischen“ Blicken betrachtet, verwundert sein über den Verlauf, den die Dinge genommen? Konnte man denn nicht das alles vor einem Jahre voraussehen? Als sich damals der Freisinn mit Haut und Haaren der Regierung verschrieb, hat er es weder an „nationalen“ noch an „liberalen“ Phrasen fehlen lassen. Unter den verschiedenen Begründungen, die er seinem Verhalten zu geben beliebte, hatte den freihellichste Anstrich die: er müsse im Verein mit der Regierung die Geistesfreiheit gegen die schwarze Gefahr schützen, die vom Zentrum drohe. Wir haben auf der Stelle geantwortet: dieser angebliche Schutz werde einzig darin bestehen, daß hinfort der Freisinn anstelle des Zentrums der Regierung die reaktionären Knebelgesetze bewilligen werde. Wars eine besondere Kunst,

so richtig zu prophezeien? Keineswegs. Es war bloß Einsicht in die wirklichen Gründe, die den Freisinn veranlaßt haben, in die Regierungszentrale einzuschwenken. So gar die eigenen Anhänger des Liberalismus haben seinem Gerede nicht geglaubt. Denn sonst hätten sie doch, als im Laufe des Jahres die Politiker des Freisinns immer und immer wieder das Gegenteil von dem taten, was jene Phrasen verhießen, ihnen ihr Vertrauen entzogen, die Herren abgesetzt oder sie wären in hellen Schaaren aus der Partei ausgetreten und hätten eine neue, wirklich liberal-demokratische Partei gegründet. Nichts von dem ist geschehen, nichts von dem geschieht auch heute. Nach wie vor sind die Herren Fischbeck, Kopsch und Wiemer die tatfähigsten Führer der Partei, Naumann hat sich ihnen sogar angeschlossen, während Barth und Gothein draußen stehen, in Versammlungen rauschenden Beifall und papierne Resolutionen ernten, aber irgend welchen wirklichen Einfluß auf die Haltung des Liberalismus doch nicht zu erringen vermögen.

Das alles ist doch kein Zufall. Das alles beweist doch, daß die maßgebenden Mitglieder der liberalen Parteien sich zwar gern an liberalen Phrasen berauschen, aber im innersten Herzen mit der Politik der Fischbeck, Kopsch und Wiemer ganz einverstanden sind! Und sie haben auch alle Ursache dazu. Es ist wahrlich nicht Philisterhaftigkeit, was sie dazu veranlaßt. Nein, sie fühlen instinktiv, daß diese Politik mit den Interessen der Bourgeoisie besser übereinstimmt, als jede Art freihellicher Politik. Und die maßgebenden Mitglieder der liberalen Parteien gehören eben zur Bourgeoisie. Was in aller Welt haben sie denn für eine Veranlassung, sich z. B. über das Majestätsbeleidigungsgesetz, über das Sprachenverbot aufzuregen? Sie trifft das ja gar nicht. Das sind ja doch alles Maßregeln, die sich in der Praxis nur gegen Proletarier richten werden. Umgekehrt würde jede wahrhaft freihelliche Politik in der Praxis dem Proletariat zugute kommen; es würde dadurch die eine oder die andere Fessel der Arbeiterklasse gelöst werden, diese könnte sich freier rühren, sie könnte ihre Interessen besser wahrnehmen und würde alsbald den Interessen der Bourgeoisie unbequem werden, auch denen der liberalen Bourgeoisie. Das ist es, was sich die liberalen Herren zwar nicht mit aller Ausführlichkeit klar machen, was sie aber instinktiv sehr deutlich herausfühlen. Und deswegen bleiben sie den Kopsch und Wiemer treu und lassen die Barth und Gothein links liegen.

Es ist eben, wie die Dinge heute liegen, eine liberale Demokratie unmöglich. Es kommt nur darauf an, was man unter liberal versteht. Versteht man darunter „freihellich“, so passen die Worte liberal und Demokratie gar schön zusammen. Versteht man aber unter liberal die politische Vertretung der Interessen der Bourgeoisie, so sieht man auf der Stelle, daß der Liberalismus von heute schlechterdings nicht mehr demokratisch sein kann.

Was nun, so fragen wir zum Schluß, haben unter solchen Umständen Arbeiter in den liberalen Parteien zu suchen? Was nüchternere, realpolitische Beobachtung der Tatsachen vor einem Jahr und noch früher schon voraussehen ließ, das hat die Praxis dieses Jahres nun wieder vollaus bestätigt. Wie lange also wollen diese Proletarier noch an der Utopie einer liberal-demokratischen Partei, der sie ihre proletarischen Interessen anvertrauen könnten, festhalten?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anträge zum Etat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, durch eine Resolution zum Militäretat die Herabsetzung der Dienstzeit für alle Wehrpflichtigen auf ein Jahr zu fordern und zum Justizetat Resolutionen einzubringen, welche Vorlegung von Gesetzentwürfen beantragen: 1. Die Einführung von Gerichten nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für Streitigkeiten ländlicher Arbeiter, des Gesindes und der Privatangestellten. 2. Den Zeugniszwang für die Presse, für Abgeordnete und Gemeindevorsteher für die Fälle zu beseitigen, in denen die Zeugenausfrage einen Vertrauensmißbrauch darstellen würde. 3. Gebühren für Schöffen und Geschworene einzuführen.

Volksbewegung gegen Eintrittskarten.

Die Freisinnige Volkspartei veranstaltet Sonntag, den 2. Februar, in Berlin eine freisinnige Wählerversammlung, in welcher die Abgg. Cassel, Fischbeck, Kopsch, Müller-Meinungen und Wiemer über die Reform des preußischen Landtags-

wahlrechts und die Stellung der Regierung sprechen werden. — Der Einlaß findet nur gegen Eintrittskarten statt. Eine Diskussion scheint nicht vorgesehen zu sein. In öffentliche Versammlungen scheinen die Herren sich nicht begeben zu wollen!

Der neue Präsident der Seehandlung.

Als Präsident der Seehandlung (Preussischen Staatsbank) an Stelle des an die Spitze des Reichsbankdirektoriums getretenen Herrn Havenstein ist der erste Staatskommissar an der Berliner Börse, Obergerungsstat Hempfenmacher in Aussicht genommen.

Wenn Gerüchte, die vor einiger Zeit durch die Zeitungen gingen, auf Wahrheit beruhen, so hat Herr Paasche wiederum eine Stelle, auf die er sich schon Hoffnungen gemacht hat, nicht erhalten. Herr Paasche wird, wenn es so weiter geht, bald ein Substitut der getäußten Hoffnungen feiern können.

Aus unseren „herrlichen“ Kolonien.

Offiziere, die mit einem in Sydney eingetroffenen Dampfer des Norddeutschen Lloyd dort angelangt sind, berichten, daß die deutschen Behörden in Friedrich-Wilhelmshafen energische Maßnahmen getroffen haben, um Unruhen der Eingeborenen zu unterdrücken, die in Potsdamhafen ausgebrochen sein sollen. Da der „Seefer“ nach Sydney unterwegs ist, wurde die Entsendung des von den Karolinen erwarteten Kanonenbootes „Condor“ angeordnet. Inzwischen wurde zur Unterdrückung der Unruhen eine Polizeibatterie nach Potsdamhafen entsandt. Die Eingeborenen sollen die Waffen ergriffen und einen Angriff auf die Europäer geplant haben. Das Ergebnis der Strafexpedition war den in Sydney eingetroffenen Offizieren noch unbekannt, doch wurde angenommen, daß die Weißen bereits außer Gefahr seien, und daß die aufständischen Eingeborenen sich bergemwärts geflüchtet hätten.

Die Volkspartei gegen das Volksrecht.

Die Vorgeschichte der freisinnigen „Wahlrechtsbewegung“ wird von der „Kreuzzeitung“ sehr hübsch erzählt. Alles war in schönster und bester Ordnung, der Block blühte, als sich folgendes begab:

Inzwischen hatte aber die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung auf ziemlich weite Kreise des Freisinns Einfluß gewonnen. Naumann trat mit seiner ziemlich bekannten Forderung: „Alles oder nichts“ — Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen oder Sprengung des Blocks — hervor, und der Abg. Träger sekundierte ihm. Der freisinnigen Volkspartei gelang es jedoch, diese Forderung niederzuschlagen: Naumann beugte sich und Träger schwie. Statt aber folgerichtig nun den Träger doch auf die Naumannsche Forderung hinausstößt zurückzuhalten, ließ sich der Freisinn durch sozialdemokratische Provokationen zu seinem des Mißerfolgs sicheren Wahlrechtsantrag drängen.

Die Sozialdemokratie treibt vorwärts, die Freisinnige Volkspartei „schlägt nieder“!

So ist es in der Tat! Aber was sagt die Freisinnige Volkspartei zu diesem Zeugnis der im Kreuzesglanz strahlenden Blockschwester?

Was sich mit der Offizierschere verträgt!

Süngst brachte die demokratische „Straßburger Bürgerzeitung“ ein auch von uns abgedrucktes Rundschreiben des Bezirkskommandeurs von Straßburg, in welchem die Offiziere des Beurlaubtenstandes aufgefordert wurden, anzugeben, ob sie einem Kriegerverein angehörten, eventuell warum nicht, oder warum sie ausgetreten seien. Diese Veröffentlichung hat ansehend den ganzen Unwillen des Herrn Kommandeurs erweckt, denn er sucht jetzt durch einen zweiten Erlaß nach dem Schuldigen. Dieser zweite Erlaß lautet:

„Die beiden vom Bezirkskommando am 2. d. M. an sämtliche Offiziere und Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes des Bezirkskommandos gerichteten Umdruckschreiben sind in der „Straßburger Bürgerzeitung“ am 6. Januar 1908 wörtlich zum Abdruck gelangt. Ich richte an sämtliche Herren Offiziere und Sanitätsoffiziere die Anfrage und ersuche hierunter um eine dienliche Meldung, ob Gue Hochwohlgeborenen irgend etwas darüber bekannt geworden ist, auf welche Weise der Inhalt der beiden genannten Schreiben hat zur Kenntnis der „Straßburger Bürgerzeitung“ gelangen können. Rückgabe bis zum 13. ds. Mts. Bei Verzögerung ist der Grund zu melden.“

Da es sich nach Lage der Sache offenbar um eine von einem Offizier dem Straßburger Blatt gemachte Mitteilung handelt, bedeutet das Ersuchen um Meldung nichts anderes, als die Aufforderung zur Denunziation. Demnach gilt in diesen Kreisen doch jedenfalls die Denunziation einer mißliebigen politischen Handlung (eine solche, und nicht etwa eine private ist die Veröffentlichung) nicht als ehelos. Anders ist es wohl

mit der Anzeige von gemeinen Vergehen und Verbrechen von „Kameraden“. Wenigstens konnte Graf Lynar seine Schweinereien treiben, ohne daß irgend jemand aus den Kreisen, die darum wissen konnten, zur Anzeige schritt.

Was dem Reichskanzler erlaubt ist.

In einem Artikel der „N. O. C.“, der sich mit dem Verkehr beschäftigt, wie er zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Billow besteht, heißt es unter anderem: „Von dem Hofzeremoniell, nach welchem sonst stets nur der Kaiser das Gesprächsthema anspricht, wird bei diesen Besprechungen — gemeint sind die amtlichen Besprechungen zwischen Kaiser und Kanzler — im Interesse der Arbeit, abgesehen. Der Kanzler kann also von sich aus über alle Gegenstände zu sprechen anfangen, die er dem Monarchen zur Kenntnis bringen oder ihm zur Erledigung vorlegen will.“ — Die ausdrückliche Feststellung, daß es dem verantwortlichen Minister des Deutschen Reiches erlaubt ist, im amtlichen Verkehr mit dem Kaiser selbst das „Gesprächsthema“ anzuschlagen, ist auch ein Zeugnis der beschämenden politischen Zustände, des jämmerlichen Mangels an Würde und Selbstbewußtsein in Preußen-Deutschland. Ein Engländer, dem man das sagen würde, würde ohne Zweifel lachend vor der Tatsache stehen, daß so etwas in einem angeblich konstitutionellen Lande nicht selbstverständlich ist.

Das Ausnahmegesetz gegen die Polen

beschäftigte gestern das preußische Herrenhaus. Die Vorlage wurde einer 25 gliedrigen Kommission überwiesen.

Zustitzfragen im Klassenparlament. Das preußische Dreiklassenparlament nahm am Dienstag die zweite Lesung des Justizgesetzes vor. In der Generaldebatte beim Ministerrath stöhnten die Linken und die ihnen verbündeten Dunkelmänner ihre Schmerzen über die jüngsten Enthüllungen im Molke-Harden-Prozess und in den Petersprozessen aus. Als Heilmittel empfahl der freikonservative Abgeordnete Kewald den Ausschluß der Öffentlichkeit auch für die Presse, der konservative Abgeordnete Stroffer die Einschränkung des Wahrheitsbeweises bei Verleumdungsklagen und Abg. Roeren eine Beschränkung des Sachverständigenbeweises. Herr Stroffer klagte bemitleidig über die Enthüllungen, die aus dem Leben der Edelsten der Nation dem breiten Publikum im Gerichtssaal und dann in der Presse dargeboten wurden und kam zu dem Schluß, daß, wenn die persönliche Ehre dieser Herren nicht besser geschützt würde, das heißt, wenn man in Zukunft die wahrheitskundenden Zeitungen nicht unter Ausschluß jedes Wahrheitsbeweises ohne weiteres verurteile, die Herren künftig ihre Rettung nur im Duell sehen würden. Die Schmerzen dieser sonderbaren Hüter der Rechtspflege fanden in dem Dreiklassenparlament und bei dem Minister für preußische Klassenjustiz volles Verständnis. Auch Justizminister Bessler begeisterte sich für den Ausschluß der Öffentlichkeit in möglichst vielen Fällen, so daß das Volk jede Kontrolle über die Rechtspflege verliert und schwärzte für die Unterdrückung des Wahrheitsbeweises, der so oft den regierenden Klassen unangenehm geworden ist. Am stärksten aber trumpfte der nationalliberale Richter Dr. v. Campe auf, der, weil das Verleumdungsvergehen keine genügend bequeme Handhabe biete, sogar die Selbstwehr mit der Rechtspflege verheerliche, und, wegen der weit ausgedehnten Zulassung des Wahrheitsbeweises gegen das „Grüppchen“ am Hofe, sogar von einem Bankrott der Rechtspflege redete. Nur der Freisinnige Cassel behielt halbwegs ruhige Nerven, wenn er sich auch keineswegs mit der nötigen Entschiedenheit dagegen wehrte, daß hinter geschlossenen Türen das Recht abgemürgt und Leute, die die Wahrheit gelagt oder geschrieben haben, als Verleüder ins Gefängnis gesteckt werden sollen.

Die Verhandlung war reich an Episoden. Herr Roeren kehrte von seinen Ausflügen ins Gebiet der afrikanischen Sittlichkeit wieder zu seinem alten Lieblingsstigma, der Ez Heinge, zurück, wo er des Beifalls der Regierung und der Mehrheitsparteien sicher ist. Er sprach gelassen das große Wort aus, daß der Künstler infolge des ganzen sittlichen Willens, in dem er lebt, nicht in der Lage sei, über sittliches Empfinden zu urteilen. Viel Freude machte den Herren im Hause des verchiedenen Rechts für die drei Klassen auch die Sammlung unzuchtiger Bilder, die er, wie sonst so gern im Reichstage, dem Hause vorlegte. Der Major a. D. Stroffer schwärmte wieder einmal für Prügelstrafe gegen Hoheitsverbrechen. Nachdem noch die Polen ihre allzu berechtigten Klagen über die Rechtspflege im Zeitalter des Hakatismus vorgebracht hatten, wurde die Debatte vertagt.

Die „Neutralität“ der Hirsch-Dunkerischen.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine hat in Gemeinschaft mit den Generalräten neue Leitfäden ausgearbeitet. Diese Leitfäden betonen einleitend die politische Neutralität der Gewerksvereine, um gleich darauf an den Staat unter anderem folgende Forderungen zu stellen:

Volle gleichberechtigte Selbstverwaltung aller Versicherungseinrichtungen durch Unternehmer und Arbeiter, freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeitsämter und Reichsarbeitsamt, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Verbesserung der Volksschule. Erleichterung des Besuches höherer Schulen für Landemittelre.

Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.

Beseitigung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgüter.

Wenn die Gewerksvereine wirklich ernsthaft für die hier aufgestellten sozialen und politischen Forderungen eintreten wollen, können sie gar keine politische Neutralität üben! Sie müssen dann diejenige Partei unterstützen, die für ihre Forderungen eintritt, und alle Parteien bekämpfen, die ihre Forderungen ablehnen oder auch nur durch ihre Taktik der Erfüllung dieser Forderungen entgegenarbeiten! Oder aber es geht den Hirsch-Dunkerischen wie dem Freisinn, er Prinzipien nur zum Zwecke des Simpelfanges auf und sie in der Praxis regelmäßig ver-sagen!

Die Gewerksvereine fordern z. B. „Politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde.“ Der Freisinn aber lehnt die Gleichberechtigung in den Gemeinden ab! Er kämpft nicht einmal für die Gleichberechtigung im Staat, d. h. in Preußen, sondern treibt elende Schacherpolitik mit der Reaktion, um ein paar Mandate zu ergattern. Er hat seinen Frieden geschlossen mit den Agrariern! Er hat, um im Block gebudelt zu werden, für die Börse einige kleine Gefälligkeiten zu erhalten, ein paar Orden einzuhelmen und vom agrarischen Kanzler des Dreiklassenwahlrechts gemeinsam mit Herrn Liebermann v. Sonnenberg zu Gast gebeten zu werden, jeden Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen aufzugeben!

Wie können da Hirsch-Dunkerische Arbeiter für den Freisinn eintreten? Oder können sie das Zentrum, Nationalliberale, Konservative oder Antifreimänner unterstützen? Es bleibt also nur eine Partei übrig, von der sie ein energisches Eintreten für ihre politischen Forderungen erwarten können: die Sozialdemokratie. Von ihr aber will das Programm nichts wissen, weil die Gewerksvereine sich auf „den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung“ stellen wollen.

Das neue Programm ist also so widerspruchsvoll und unlogisch wie möglich. Wird die soziale und politische Praxis die Gewerksvereiner endlich zur Erkenntnis der Notwendigkeit proletarischer Klassenpolitik führen? Wenn sie es mit ihren Forderungen ernst meinen, ist uns darum nicht bange. Die Faten der besitzenden Klassen und ihrer politischen Vertretungen, die bürgerlichen Parteien, müssen ihnen schließlich klar machen, daß die Arbeiterklasse die Gleichberechtigung des Proletariats nur aus eigener Kraft erringen kann!

England.

Die Thronrede, die Eduard am Mittwoch bei Eröffnung des Parlaments hielt, brachte nichts Neues. Unter den angekündigten Gesetzen befindet sich der Entwurf einer Altersversorgung, Gesetze zur Hebung des Elementarunterrichts in England und Wales, zur Regelung der Arbeitszeit für die unterirdische Beschäftigung in den Kohlenbergwerken, zur Verbesserung der Vorschriften für die Heimarbeiter, zur Erzielung einer Ausbreitung der Universitätsbildung in Irland, zu Verbesserungen in der irischen Landkaufakte und anderes.

Afrika.

Parlamentswahlen in der Kapkolonie. Die Wahlen zu der gelegenden Versammlung der Kapkolonie haben einen erdrückenden Sieg der südafrikanischen Partei über die bisher herrschende englische Partei der Progressisten ergeben. Zwei Drittel der Wähler haben gegen die Progressisten gestimmt. Man erwartet eine Mehrheit von 30 Anhängern des Afrikanerbunds in der 107 Mitglieder zählenden Versammlung.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Freitag, den 31. Januar.

Zugung von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Trabentunde ist streng fernzuhalten, da die Sperte über diese Firma verhängt ist.

Zugung nach der Grewesmühlerei Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeiterssekretariats wird am Sonnabend, diesen und Montag und Dienstag nächster Woche, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

Achtung, Schluß! Am Sonnabend, den 1. Februar, findet die gewöhnliche Sprechstunde des Arbeiterssekretariats im Lokale des Herrn Freese, abends von 5 bis 9 Uhr, statt.

Der Bürgerausschuß bewilligt in seiner letzten Sitzung 450 Mk. zum Erwerb und Einfriedigung eines Spiel- und Turnplatzes bei der Schule in Harmsdorf. 7000 Mk. wurden für den Bau eines massiven Schuppens auf dem Vorwerker Friedhofe bewilligt. Abgelehnt wurde der Senatsantrag, für das Verwaltungsgelände in der Kleichhauerstraße andere Fenster, als durch Beschluß vom Senat und Bürgerschaft vorgehien sind, zu verwenden. Der Leiter der v. Großheimischen Realschule, Dr. Reimann hat beim Senate beantragt, ihm für das Rechnungsjahr 1907 die gewährte Staatsbeihilfe von 15000 Mk. um 3000 Mk. zu erhöhen und für die Rechnungsjahre 1908, 1909 und 1910 der gedachten Schule einen jährlichen Staatszuschuß von 18000 Mk. zu gewähren. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage durch die Bürgerschaft. — Für den Bau einer neuen Mäzler-Speiseanstalt waren seinerzeit von der Bürgerschaft 111500 Mk. bewilligt worden. Die Baukosten haben diese Summe um 25776,21 Mk. überschritten. Der Senat beantragte, diese Summe nachzubewilligen. Weiter sollte die Verwaltungsbehörde ermächtigt werden, den Betrag von 3326,30 Mk., um den die Zinsen der für den Bau der Mäzler-Speiseanstalt der Baubehörde ausgezahlten Gelder bis zum 31. März die Summe überschritten haben, die aus der eingegangenen Miete für die Verzinsung verfügbar geblieben ist, ihren Anliehmitteln zu entnehmen. Der Bürgerausschuß trat diesem Antrag nicht bei, sondern verwies ihn an eine Kommission. Die Vorherrschaft der Fremensstalt hat mit Rücksicht auf die verstärkte Familienpflege in der Anstalt beantragt, den dafür vorgesehenen Betrag von 1400 Mk. um 7000 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß stimmte diesem Antrag zu, da die 7000 Mk. durch Kostgeld wieder eingenommen werden. Die Position des Staatsbudgets „Nachträgliche Bewilligungen“ wurde um 15000 Mk. vergrößert, dem Finanzdepartement für Reklameszwecke außer dem im Staatsbudget vorgezeichneten 3000 Mk. weitere 6000 Mk. zur Verfügung gestellt. Genehmigt wurde ein Grundstücksaustrausch zwischen dem Staate und der Firma Freitag u. Co. und schließlich der Entwurf eines Gesetzes betr. den Haushalt des Staates und der Stadtgemeinde Lübeck zur näheren Prüfung der Kommission überwiesen, die den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes vorzuprüfen hat.

Hirsch-Dunkerisches. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 5 den Abdruck eines Zirkulars des Hirsch-Dunkerischen Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Kiel, das dieser aus Anlaß der Delegiertenwahlen zu der im Juni dieses Jahres stattfindenden Generalversammlung an die Mitglieder der 18. Wahlabteilung versandt hat. Nach dem Zirkular handelt es sich bei dieser Generalversammlung um Beschlüsse, die für

die Zukunft des Gewerksvereins zur Lebensfrage werden können. Solange der Gewerksverein bestehe, habe er kein so kritisches Zeit durchgemacht, wie es augenblicklich der Fall sei. Der aufmerksamsten Augen die Entwicklung des Gewerksvereins in den letzten zwei Jahren verfolgt habe, dem sei die Tatsache, daß er in dieser Zeit an Mitgliedern nicht nur nicht zugenommen, sondern daß er Tausende davon verloren habe, nicht unbekannt. Und das trotzdem der letzte Delegiertentag die Agitationskraft durch die Anstellung von 12 Agitationsbeamten und durch Erhöhung der Beiträge ganz bedeutend gestärkt habe. Die Verfasser des Zirkulars werfen deshalb die Frage auf: „Hat unsere Hauptleitung von den in ihre Hand gelegten Machtmitteln den richtigen Gebrauch gemacht? Hat unser Agitationspersonal den gehegten Erwartungen bisher entsprochen? Haben Generalrat und Mitglieder durch die in Chemnitz gefaßten Beschlüsse nicht etwa die Fühlung miteinander verloren oder trägt die zweimalige Beitragserhöhung die Schuld an dem Rückgang der Mitgliederzahl?“ — Der Inhalt dieses Zirkulars steht in auffallendem Widerspruch mit den großspurigen Redensarten der Hirsch-Dunkerischen Presse, so z. B. des hiesigen „Stadt- und Landboten“, der häufig von dem Nutzen und Wachstum der H. D. Gewerkschaften faselt. Die Kieler Leitung könnte sich aber bei einigem Nachdenken die Frage nach der Ursache des Rückgangs der Gewerksvereine leicht selbst beantworten; die Ursache ist: die Prinzipien der Gewerksvereine taugen nicht und viele Führer haben sehr oft die Sache der Arbeiter nicht nur kaum oder gar nicht vertreten, sondern sie direkt geschädigt.

Rücksichtslosigkeit gegen Arbeitnehmer. Ein Schneidergeselle, der in der Maßschneiderei von A. Härder u. Co. beschäftigt war, kam am Montag morgen wie gewöhnlich zur Arbeit. Der Zuschneider gab ihm jedoch nichts zu tun. Nach einiger Zeit brachte der Zuschneider zwar ein Stück, überreichte es aber nicht dem auf Arbeit Wartenden, sondern einem Kollegen, der nach beschäftigt war. Auf die Frage, ob denn kein Brocken für ihn übrig sei, lautete die Antwort! Nein! Der Geselle hatte den ganzen Tag, daß ihm vom Zuschneider Beschäftigung zugewiesen würde, aber vergeblich. Andere bekamen solche, er nicht. Als der Mann schließlich am Abend den Zuschneider fragte, ob er denn keine Arbeit wiederhaben solle, wurde dies verneint. In berechtigtem Unmut meinte der Schneidergeselle: „Das hätten Sie mir doch gleich sagen können, dann hätte ich nicht den ganzen Tag warten brauchen.“ Der Zuschneider erwiderte darauf: „Werden Sie nur nicht frech!“ — Also erst behandelt man den Arbeitnehmer in rücksichtsloser Weise, dann entläßt man ihn und bezeichnet ihn als frech, weil er mit Recht verlangte, daß man ihm wenigstens morgens mitteilen sollte, daß er keine Arbeit mehr erhalten würde. Arbeitern gegenüber glauben sich gewisse Leute ansehnend alles herausnehmen zu dürfen.

Jahresbericht des Verbandes der Schneider, Zahlstelle Lübeck, für das Jahr 1907. Das verfloßene Jahr brachte uns wieder einen harten Kampf, den wir mit dem Arbeitgeberverband auszufechten hatten. Es war im vorigen Frühjahr in einer ganzen Anzahl von Städten, darunter unsere größten Filialen Berlin und Hamburg, zu einer Lohnbewegung gekommen, und da keine Einigung erzielt werden konnte, verhängte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes eine Generalaussperrung über ganz Deutschland. Als Grund dafür diente ihm, daß unsere Filialen darauf bestanden, daß die Verhandlungen an den in Frage kommenden Orten stattzufinden hätten. Der Arbeitgeberverband verlangte aber, daß die Filialen, die schon in einen Streit eingetreten wären, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen hätten. Es sollten dann die beiden Hauptvorstände zusammenzutreten und die Lohnbewegung im ganzen Beruf zum Abschluß bringen. Da das nichts nützte, wurden am 20. März sämtliche Kollegen in den betreffenden Orten, welche in einer Lohnbewegung standen, ausgeperrt. Am 1. April (es war der erste Dierstag) wurde die Generalaussperrung über das Deutsche Reich vollzogen. Beteiligt waren in Lübeck an der Ausperrung 19 Geschäfte mit 108 Kollegen, davon 88 verheiratete und 20 ledige. Streikbrecher wurden zwei, nämlich 1 Verheirateter und 1 lediger. In der ersten Woche wurde die Unterstüfung aus der Lokalkasse bezahlt. In der zweiten Woche fand durch Vermittelung der Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes Berlin eine Zusammenkunft der beiden Hauptvorstände statt, in der beschlossen wurde, die Ausperrung aufzuheben und die Beratungen an den einzelnen Orten stattfinden zu lassen. Auch hier in Lübeck wurde die Arbeit am 12. April wieder aufgenommen. Nach der Ausperrung mußten noch einige Sitzungen der beiderseitigen Tarifkommissionen hier am Orte stattfinden, da unsere Kollegen bei Julius Meyer und Jäger nicht mit den beiden Streikbrechern zusammen arbeiten wollten; wir haben auch hier Erfolg gehabt. Es wollten dann die Herren Arbeitgeber noch eine kleine Rache ausüben und zwar dadurch, daß die Ausgeperrten, welche in den ersten vier Wochen nach der Ausperrung bei ihren Arbeitgebern aufhörten, während dieser Zeit in einem anderen Geschäft nicht wieder eingestellt werden sollten. In einer von uns anderamten Sitzung suchten die Herren ihr Vorgehen mit der Ausrede zu rechtfertigen, sie wollten sich einander keine Arbeiter wegnehmen. Da wir aber verlangten, diesen Beschluß aufzuheben, sagten sie auch zu, es ihrer Versammlung zu unterbreiten. Aber die Herren hatten ihr eigenes Statut nicht gefannt, denn wie sie uns gleich nach der Verhandlung mitteilten, waren sie zu einer solchen Handlung statutarisch verpflichtet. Im November kam es bei der Firma Julius Meyer noch einmal zu einer Arbeitseinstellung, die aber, nachdem die Tarif-Kommission vorstellig geworden war, nach Verlauf eines halben Tages mit einem Siege für uns endete. Ferner ist zu bemerken, daß der wöchentliche Beitrag um 10 Pfennige erhöht wurde, worauf die Filiale Lübeck die Einheitsmarke einführte, welche sich auch bis jetzt gut bewährt hat. Es haben stattgefunden 18 Mitglieder-, 4 außerordentliche und eine öffentliche Versammlung. Borrträge wurden in 6 Versammlungen gehalten. Der Versammlungsbesuch war ein befriedigender. Es haben auch zwei Schneiderinnen-Versammlungen stattgefunden, in denen Borrträge gehalten wurden. Diese Versammlungen stehen aber viel zu wünschenswert, denn die Schneiderinnen haben noch nicht begriffen, daß auch sie in die Organisation hineingehören. Wir wollen aber hoffen, daß auch dieser Zweig der Arbeiterinnen bald zu der Erkenntnis kommen wird, daß ihr Platz in den Reihen der Organisation ist. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1906 206 männliche und 17 weibliche, zusammen 223 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1907 waren zu verzeichnen 202 männliche und 23 weibliche, zusammen 225 Mitglieder. Daß keine größere Zunahme zu verzeichnen war, kann wohl lediglich darauf zurückgeführt werden, daß wir einen Zugung von auswärtig fast garnicht hatten. Auch ist in diesem Jahr der Arbeitsnachweis von unseren Kollegen wie auch von seiten der Arbeitgeber gut benutzt worden. Wir konnten aber der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht ganz gerecht werden. Zum Schluß sei bemerkt, daß wir aus allem, was uns das letzte Jahr gebracht hat, noch manches lernen können und müssen. Wir erwarten aber von allen Mitgliedern, daß sie

auch fernerhin nicht in der Agitation erlahmen, sondern noch mehr wie bisher der Organisation immer neue Streiter zuführen, damit wir jeglichen Machtgeflüsten der Arbeitgeber gewappnet entgegenzutreten können.

Verein Öffentliche Lesehalle. Am Mittwochabend hielt der Verein „Öffentliche Lesehalle“ seine ordentliche Jahresversammlung ab. Sie war nicht sehr zahlreich besucht, nahm aber einen außerordentlich anregenden Verlauf. Nach kurzer Begrüßung eröffnete der Vorsitzende, Herr Professor Dr. Link, die Versammlung und trug den Bericht des Vereins für das Jahr 1907 vor. Aus dem Bericht ergibt sich, daß die Bücher- und Lesehalle im Jahre 1907 insgesamt 144 273 mal in Anspruch genommen worden ist. Wegen des Vorjahrs ist die Zahl der Besucher um mehr denn 10 000 gestiegen. In der Bücherhalle betrug die Zahl der Entlehnungen 80 645 (Vorjahr 75 119). Die Zahl der Lesehallenbesucher betrug 63 627 (Zunahme 2028). Infolge dieser zunehmenden Entwicklung ist im vergangenen Jahre die Unzulänglichkeit der jetzigen Räumlichkeiten noch erheblich fühlbarer geworden als früher. Es fehlte an Platz zur Aufstellung der Bücher; es fehlten die für die Verwaltungsgeschäfte erforderlichen Räumlichkeiten. Auch die Lesehalle erweiterte sich vielfach als zu klein. Es wird im laufenden Jahre erster Erwägung bedürfen, ausreichende Räumlichkeiten zu beschaffen, die der Bücher- und Lesehalle eine weitere Entwicklung ermöglichen. Die Hauptarbeit des Vereins war im vergangenen Jahre der Neuordnung des Bücherbestandes und der Herstellung des neuen Kataloges gewidmet. Bei der Schwierigkeit dieser Aufgabe konnte dieselbe bis zum Herbst des vergangenen Jahres nur für das Gebiet der schönen Literatur durchgeführt werden. Der auf dieses Gebiet sich erstreckende 1. Teil des Kataloges ist im Umfange von 120 Serien erschienen. Er umfaßt rund 8800 Bände. Seine Reichhaltigkeit und seine würdige Ausstattung haben lebhaften Beifall gefunden. Der 2. Teil des Kataloges wird die belehrende Literatur in systematischer Anordnung enthalten und baldmöglichst zur Ausgabe gelangen. 1215 neue Werke sind angeschafft. In der Bücher- und Lesehalle war infolge der Neuordnung im vergangenen Jahre mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Jetzt machen sich die großen Vorteile der Neuordnung im Vertriebe der Bücherausgabe aber bereits vorteilhaft bemerkbar. Erfreulich sind die zahlreichen Bücherentlehnungen des vergangenen Jahres, unter denen die Zuwendung des größten Teils der Bibliothek des verstorbenen Major Fürst besonders dankenswert ist. Maßnahmen zur rechtzeitigen Rücklieferung der Bücher waren in 4107 Fällen erforderlich. An den Katalogarbeiten beteiligten sich zeitweilig Fräulein Wurmeister, Fräulein Krause, Fräulein Methwisch und Fräulein Willmann. Diesen Damen wird namens des Vereins für ihre treue und eifrige Mitarbeit der herzlichste Dank ausgesprochen. Desgleichen den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich in dankenswerter Weise an der Bücherausgabe beteiligt haben. Die Zahl der Leser belief sich am 30. September 1907 auf 8517, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1907 wurden 2551 Lesekarten ausgegeben. Die gewerbliche Bibliothek ist in das Eigentum des Vereins „Öffentliche Lesehalle“ übergegangen. Dem Klub junger Mädchen wird gegen einen Jahresbeitrag, jährlich viermal wechselnd, ein Bestand von Büchern zur Verfügung gestellt, der dann vom Klub an seine Mitglieder ausgeliehen wird. In der Lesehalle sind manche Zeitungen in zwei Exemplaren ausgelegt worden; verschiedene Zeitschriften sind neu angeschafft. Die Klassenverhältnisse sind dank der mannigfachen, dem Verein aus öffentlichen und privaten Mitteln gemachten außerordentlichen Zuhilfenahmen nicht ungünstig. Mit Rücksicht auf die großen Ausgaben, die weiter bevorstehen, ist der Verein aber dringend auf weitere tatkräftige Unterstützung angewiesen. — Jahresbericht und Kassenabrechnung wurden genehmigt. Dem Antrage des Vorstandes entsprechend wurde eine Wabänderung der Satzungen beschlossen. Auf Grund der neuen Satzungen fand eine Neuwahl des Vorstandes und des Verwaltungsrates statt. Zum Schlusse der Versammlung wurden aus dem Kreise der Mitglieder zahlreiche Anregungen und Anfragen vorgebracht, die Anlaß zu einer lebhaften Besprechung gaben. Der an den Vorstand gerichteten Aufforderung, die Veranstaltung öffentlicher Vortragskurse ins Auge zu fassen, wurde zwar das Bedenken entgegengehalten, daß der Verein seine Kraft und seine Mittel zur Zeit noch ganz auf die Unterhaltung und Förderung der Bücher- und Lesehalle verwenden müsse, es wurde aber eine weitere Prüfung der Angelegenheit seitens des Vorstandes verheißen. Mit der dringenden Bitte an alle Mitglieder und Freunde des Vereins, die Bücher- und Lesehalle auch fernerhin tatkräftig zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Bürgermeisters Dr. Schön hat Senator Dr. Eichenburg den Vorsitz im Senate übernommen.

Der Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend hielt am 28. Januar seine Generalversammlung ab. Nach dem verlesenen Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl von 1095 auf 1118 gestiegen, außerdem sind in Gütin 180 Mitglieder; mit den Neuanmeldungen im Januar beträgt die Gesamtzahl derselben 1328. Die Verkaufsstelle in Gütin, die fünfte des Vereins, kann erst, da der Laden gebaut werden muß, am 1. April eröffnet werden. Die Gesamteinnahme im letzten Quartal betrug 75 004,36 Mk., die Ausgabe 72 157,75 Mk., mithin Kassenbestand 2846,61 Mk. Der Antrag der Verwaltung; Beitritt zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine kam nicht zur Erledigung, sondern wurde zur weiteren Beratung und Beschlußfassung an eine besondere Versammlung verwiesen. Der folgende Antrag; Freistanstellung eines Kassierers wurde nach sehr ausgedehnter Debatte angenommen. Dem Antrag auf Änderung des § 4 des Statutes wurde stattgegeben, daselbst erhält jetzt den Zusatz, daß die festangestellten Vorstandsmitglieder auf vierteljährliche Kündigung ange stellt werden; die Kündigung erfolgt durch den Aufsichtsrat nach Beschluß der Generalversammlung. Nachdem noch mehrere innere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Ein schmerzliches Blutbad richtete in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Hund des Besitzers von Cleverhof unter den Schafen des Schäfers Kuhlmann in Eckhorst an. Die etwa 200 Schafe waren in einer Hürde in der Nähe von Cleverhof untergebracht. Der Hund drang in diese Hürde ein und ließ seiner Mordgier freien Lauf. 42 Mutter- und 42 Lamm-Schafe wurden teils zerfleischt, teils in dem entsetzlichen Gedränge zertreten. Noch zufällig des Weges kommende Passanten hörten von der Hürde her ein verdächtiges Geräusch; sie gingen diesem nach und sahen den Hund lautlos seinem Vernichtungswerke obliegen, während die Schafe in wilder Angst durch und übereinander liefen. Sie verfolgten den Hund und benachrichtigten den Schäfer. Der Hund ist am nächsten Tages von seinem Herrn erschossen. Der Schaden wurde von den Sachverständigen auf 2400 Mk. taxiert. Zum Glück ist der Besitzer des Hundes für diesen Fall versichert, wodurch er vor allzu großem Schaden bewahrt geblieben ist, da die Versicherungsgesellschaft 2000 Mk. zahlt, sodas von ihm selbst noch 400 Mk. zu decken sind.

pb. Geflühendes Damenhemd. Am 18. d. Mts. gegen 10 Uhr abends sind aus einem Vorgarten in einem Gange

an der Rosenstraße von dort aufgehängter Wäsche ein Damenhemd gez.: A. K. und eine Damenunterhose ohne Zeichen gestohlen worden.

pb. Stehler und Fehler. Zwei in einer hiesigen größeren Fabrik tätige Helfer machten sich des Diebstahls von Messingteilen in ziemlich erheblichen Mengen schuldig und verkauften das Messing an einen hiesigen Produkthändler. Die beiden Diebe sowohl, als auch der Produkthändler als Fehler, wurden festgenommen.

pb. Vertauscht. Ein hiesiger Spediteur brachte zur Anzeige, daß ihm von einem seiner Wagen der dazu gehörige Schwengel abhanden gekommen sei. Statt dessen befände sich an demselben ein gelbgefirnischter Schwengel, dessen Eigentümer er nicht kenne. Der unbekannte Eigentümer kann ihn im Hause Biedergrube 48 abholen.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde hat mit dem Mutterchankursus der Frau Clara Ebert-Wien eine gute Einrichtung getroffen, welche sehr warm empfohlen werden kann. Die beiden ersten Abende, die Entwicklung und die Geburt des Menschen erörternd, zeigten die Vorzüge der Rednerin, eine klare, bezogene Vortragart, die durch ein reiches Anschauungsmaterial unterstützt wurden. Heute Freitag, behandelt die Dame die Säuglingspflege, dazu hat das Reformhaus Thalysia auf die Bitte des Vereins eine kleine Ausstellung von zweckmäßiger Säuglingswäsche zur Verfügung gestellt. Der Abend findet im Gesellschaftshaus Monopol statt. — Damit auch die Herren die Dame kennen lernen, findet am Dienstag den 4. Februar ein großer Vortragabend statt, auf den wir schon jetzt hinweisen, desgleichen auf das am 6. Februar stattfindende Stiftungsfest.

Stadttheater-Praxisforum. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Signorina Prevosti kehrt auf einen Tag zurück. Diese Nachricht dürfte das Theaterliebende Publikum gewiß erfreuen. Sie wird in ihrer unübertroffenen Glanzleistung als Violetta in Verdis Oper „Traviata“ auftreten, womit sie in vergangener Woche einen hier noch nicht dagewesenen Erfolg erzielt hat. Das Publikum wich am Schlusse der Vorstellung nicht von seinen Plätzen und jubelte die Künstlerin wieder und immer wieder vor den Vorhang. Gewiß werden sich viele Freunde der großen Künstlerin finden, die Signorina Prevosti nochmals sehen wollen. Da die Kartennachfrage eine sehr große ist, empfiehlt es sich, Billets rechtzeitig zu besorgen. Nachmittags 4 Uhr wird Sonntag das zweite auf den Spielplan gesetzte Märchen „Prinzessin Tulipane“ oder „Die Hebermann zu ermöglichen, sind die Preise von 80 Pfg. aufwärts bis 1 Mk. festgesetzt. Sonnabend findet keine Vorstellung statt.

Gemeindevorstandswahl. Von der Gemeindevorstandswahl in Kücknitz ist an Stelle des verstorbenen Pufners Th. F. Gabel der Eigentümer W. S. D. Krellenberg zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt und vom Stadtrat und Landamt bestätigt worden.

Natikan. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag abend 7 Uhr bei der Witwe Kopp statt. Genossen, erscheint zahlreich.

Hamburg. Zu Tode verbrüht. Vorgestern abend ist das dreijährige Söhnchen eines am Bedersweg wohnenden Ehepaars in einem unbewachten Augenblick in einen Kessel mit siedendem Wasser gefallen und schrecklich verbrüht worden. Es wurde ins Marienkrankenhaus eingeliefert, wo es kurz nach der Einlieferung verstarb.

Lauenburg. Zweifachen Kindesmord hat das 19jährige Dienstmädchen Meta Albers in Buchdorf begangen. Die A. hatte kürzlich heimlich geboren und das Kind dann getötet. Das Mädchen gestand ferner ein, daß es schon vor Jahresfrist einem Kinde das Leben gegeben habe, daß dies I. und von ihrem damaligen Bräutigam, dem Haussohn Anton Wende in Roddorf, vergraben sei. Der auf Grund dieser Aussage verhaftete Wende leugnete zunächst die Behauptungen des Mädchens, gestand aber schließlich ein, seinerzeit das neugeborene Kind vergraben zu haben. Die Leiche wurde bisher nicht an der von Wende bezeichneten Stelle gefunden.

Altona. Von einem graufigen Fund gestern vormittag am Strande von Niensleben wurde der Altonaer Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht. Es wurde eine vollständig unbekleidete Leiche einer weiblichen Person an den Strand gespült, die anscheinend erst kurze Zeit im Wasser gelegen hat. Sie wies am Kopfe mehrere Löcher, Stiche und Schnitte auf, woraus geschlossen wird, daß die Person das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Um den Sachverhalt aufzunehmen, hat sich sofort ein Beamter der Staatsanwaltschaft an Ort und Stelle begeben.

Wilder. Großfeuer. Das Gewese des Herrn Meisen in Wiersteth ist gestern morgen gegen 5 Uhr gänzlich abgebrannt. Die Entschädigungssache ist unbekannt.

Kiel. Tödlicher Unglücksfall. Im Spüllschuppen der städtischen Roubrettefabrik riß Donnerstag vormittag der Riemen einer Transmmission. Nachdem er gestrichelt war, verlor die Vorarbeiterin Genke nach dem Angehen der Maschine den Riemen wieder auf die Scheibe zu bringen. Genke wurde von der Maschine gefaßt und getötet. Der für die Reparatur bestimmte Schlosser hatte G. noch verwahrt, den Riemen nicht allein aufzulegen. Er war auf kurze Zeit ausgetreten, während dessen sich das Unglück ereignete.

Bremen. Eine Reform der Senatswahl ist auch hier in der Wege geleitet, nachdem es der Linken der Bürgererschaft bei der letzten Senatswahl ebenso ergangen ist wie in Hamburg, wo der Senat die Kandidaten der bürgerlichen Linken ganz unberücksichtigt läßt. Nach dem Vorwort der jetzt geltenden Verfassung müssen von den Mitgliedern des Senats wenigstens zehn dem Stande der Rechtsgelehrten und mindestens fünf dem der Kaufleute angehören. Die übrigen Mitglieder brauchen nicht aus einem der beiden genannten Stände hervorgegangen zu sein. Die Linke beantragt nun eine Verfassungsänderung in dem Sinne, daß bestimmt wird, daß von diesen drei Mitgliedern zwei weder Angehörige des Gelehrtenstandes noch des Kaufmannstandes sein dürfen, also aus ihren eigenen Reihen genommen werden müssen. Ferner hat die Linke einen Antrag eingebracht, wonach die Gruppenwahlen zum Senat wegfallen sollen. Durch die Gruppenwahlen wird bewirkt, daß der Kandidat der Linken immer zu Fall kommen kann, wenn der Senat es will. In Zukunft sollen nach den Wünschen der Linken aus der Bürgererschaft die Wahlmänner direkt gewählt werden, ohne daß sich die Abgeordneten in Gruppen teilen, und zwar soll die Bürgererschaft in Zukunft sieben, statt wie bisher fünf Wahlmänner wählen, während die Zahl der Wahlmänner des Senats fünf, nicht erhöht werden soll. Im Wahlkonkurrenz sollen die Kandidaten zum Vorschlagen gewählt gelten, die dort die Mehrheit erhalten haben. Aus den vorgeschlagenen drei Kandidaten wählt die Bürgererschaft dann einen mit Stimmenmehrheit zum Senator. Die Bedeutung des Antrages geht dahin, daß durch ihn das tatsächlich bestehende Selbstergänzungsrecht des Senats aufge-

hoben werden würde. Es ist aber nicht daran zu denken, daß der Senat dem Antrage zustimmen wird. Ein dritter Antrag der Linken will, daß auch die Techniker und Architekten, die an einem Polytechnikum studiert haben, zur ersten Klasse wählen. Bisher wählten nur die Herren der ersten Klasse, die an einer Universität ihre Bildung erworben haben; studierte Ingenieure, wie Oberbaudirektor Franzius, mußten in der vierten Klasse wählen. Die Linke ist angeblich entschlossen, es von der Annahme dieser Anträge abhängig zu machen, ob sie an wichtigen Gesetzentwürfen, an deren Annahme dem Senat und der Kaufmannschaft gelegen ist, mitarbeitete oder nicht. (Mana?) Der von der sozialdemokratischen Fraktion in der vorigen Bürgerschaftsitzung eingebrachte Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts kam am Mittwoch zur Verhandlung. Genosse Henke begründete den Antrag eingehend. Auch Genosse Rhein griff in die Debatte ein. Die bürgerliche Linke brachte einen Antrag ein, betreffend Änderung des Wahlgesezes dahin, daß in Zukunft von den die Bürgerschaft bildenden 150 Vertretern gewählt werden sollen von der 1. Klasse 8 (bisher 14), von der 2. Klasse 28 (bisher 40), von der 3. Klasse 12 (20), von der 7. 4 (8), die übrigen 100 Vertreter sollen aus allgemeinen und direkten Wahlen in geheimer Abstimmung hervorgehen und zwar sollen gewählt werden in der Stadt Bremen 78 (82), im Landgebiet 8 (4), in der Stadt Bremerhaven 10 (8), in der Stadt Vegesack 4 (4). Von Herrn Feuß war das Amendement zu dem Antrage gestellt, daß in der ersten Klasse auch diejenigen wählen sollten, welche die Maturitätsprüfung abgelegt und auf einer Universität oder technischen Hochschule mindestens sechs Semester studiert haben. Dem „Haupt- Echo“ wird über die Verhandlung geschrieben: „Es war dem bremischen Liberalismus sicher verheißt unangenehm, daß er wieder seine kontradiktorische Bestimmung offenbaren mußte: Er lehnte den sozialdemokratischen Antrag in seiner über großen Mehrheit ab, noch nicht einmal ein Väterduhnd der liberalen Vertreter stimmten für ihn. Ja nicht einmal einer von ihnen trat rednerisch für den Antrag ein. Es nützte nichts, daß die Genossen Henke und Rhein den Antrag in vorzüglicher Weise begründeten, und die kraft Ungerechtigkeit klar aufzeigten, die für die arbeitende Bevölkerung das Nichtklassenwahlrecht zur bremischen Bürgerschaft bedeutet. 150 Köpfe stark, wird dies Parlament, das ja auch Kommunevertretung der Stadt Bremen ist, demassen zusammengesetzt, daß die sogenannten privilegierten Klassen (Juristen, Gelehrte, Kaufleute, Gewerbetreibende des Gewerbetreibenden, Großgrundbesitzer) 82, die nichtprivilegierten Klassen (alle übrigen Staatsbürger in der Stadt Bremen, Vegesack und Bremerhaven und im Landgebiet) 68 Vertreter wählen. Vorbedingung, um als Wähler fungieren zu können, ist die Ableistung des Staatsbürgerweides, der 16,50 Mk. kostet, und das Mindestalter von 25 Jahren. Von der Leistung des Eides bis zum Eintritt der Berechtigung zum Wählen müssen zwei Jahre liegen. Früher war die Karenz drei Jahre; vor einigen Jahren, bei einer sogenannten „Wahlreform“, setzte man sie von drei auf zwei Jahre herab. Damals befreite man auch eine Bestimmung, wonach majorenn Gewordene, deren Vater den Staatsbürgereid geleistet, diesen ebenfalls ablegen mußten. Diese Bestimmung schuf Zwangsbürger, was der Sozialdemokratie zu statten kam. Des letzteren Umstandes wegen befreite man sie und in der Tat: die Bürger unter der Arbeitererschaft werden immer weniger, denn so leicht opfert der Arbeiter nicht 16,50 Mark, welche Summe für ihn doch schon sehr viel bedeutet. Der bremische Liberalismus befreite die Bestimmung der Zwangsbürgerschaft und wußte damit den Schein einer liberalen Tat um sein glorreiches Haupt; es fiel ihm aber nicht ein, gleichzeitig wenigstens auch die Bestimmung zu befreien, wonach in den Kommunal- oder Staatsdienst tretende Männer den Staatsbürgereid leisten müssen. Dieser Freimann, der sich immer mehr prostituiert, hat damit ja erreicht, was er erreichen wollte. Die sozialdemokratische Fraktion, jetzt 17 Mitglieder stark, wird schon bei den nächsten Wahlen, im Herbst dieses Jahres, zusammenschmelzen. Da der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des Reichstagswahlgesetzes regelmäßig wiederkehrte, so konnten etwelche schlaue bürgerliche Vertreter nach, welchen Gegenstand sie machen könnten. Und sie glaubten ihn gefunden zu haben in dem von ihnen gestellten Antrag, die Zahl der privilegierten Vertreter von 82 auf 50 zu reduzieren, die Zahl der nicht privilegierten von 68 auf 100 zu erhöhen. Dieser demagogische Antrag, wonach die Nichtklasseneinteilung bestehen bleiben soll, wurde einer Kommission überwiesen. Der Gelehrte der liberalen „Weser-Zeitung“, Fitzer, hat eindringlich, den sozialdemokratischen Antrag nicht etwa auch der Kommission zu überweisen, das läßt sich aus wie eine gewisse Sympathie für ihn. Die Sozialdemokraten selbst verbateten sich, daß ihr Antrag in der Kommission begraben werden sollte, und sie stimmten gegen Ueberweisung. Sie wollten sich freie Hand lassen, ihn immer wieder einzubringen. Der bremische Liberalismus ist im Grunde nicht nur den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts nieder, sondern auch, über ihn namentlich abstimmen zu lassen. Sie wollten die Schande ihrer Handlungsweise nicht mit ihrem Namen decken, soweit ging ihr Mut nicht. Die für den Antrag auf namentliche Abstimmung notwendige Unterstützung von 30 Mitgliedern fand sich nicht. Kräftige „Pius“ von der Galerie herunter, die drohend voll war, lohnte den Freimann für die Prostitution seiner Grundstücke. Vor der ausgedehnten Sozialrechtsdebatte, in der der verätherliche Freimann von den sozialdemokratischen Rednern zerkend gezeigelt wurde, lehnte die Bürgererschaft ebenfalls einen sozialdemokratischen Antrag ab, der Senat möge den bremischen Vertreter im Bundesrat beauftragen, gegen jede weitere Steuerbekämpfung des Tabaks einzutreten; der Senat wüßte von selbst, was er zu tun habe, man dürfe ihm kein Mißtrauen entgegenbringen.“

Handels- und Markt Nachrichten.

Stettin: Viehmarkt
80. Januar.

Der Schweinehandel verlief flau. Zuführt wurden 1275 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 58—54 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 47—52 Mk., und Ferkel 47—51 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Kubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lohmigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin g. Verleger: Th. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

10 Extra-Ausnahme-Tage

während meines diesjährigen grossen

Inventur-Ausverkaufs.

Den Restbestand der Winterware total zu räumen, um für die neue Sommerware Platz zu schaffen, veranstalte ich wie bisher, so auch diesmal zum

Schluß des Ausverkaufs vom 1.-10. Februar noch 10 extra billige Verkaufstage.

Das ganze Warenlager ohne Rücksicht auf den Artikel gelangt während dieser 10 Tage zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf und sind die in der Inventur zurückgesetzten Waren nochmals im Preise ermässigt.

Ich bitte um Beachtung des folgenden Angebots:

Grosser Posten
schwarze Kleiderstoffe
für Einsegnungskleider geeignet, in Satintuch, Crêpe und Cheviot
Serie I 145 Mk. Serie II 190 Mk.
Wert bis 2.00 Mk.

Sämtliche Jacketts und Mäntel
Sämtliche Blusen u. Kostümröcke
Sämtliche Herren- u. Knab.-Anzüge
jetzt zu und unter Einkaufspreis.

Grosser Posten
Reinwollene Mousseline
prima solides Fabrikat in couranten Mustern
Wert 1.20 Mk. jetzt pro Meter 68 Pfg.

Grosser Posten
Bettsatin in weiss
prima Fabrikat, 140 cm breit, Bandstreifen
Wert 1.35 Mk. jetzt pro Meter 98 Pfg.

Pelzkragen
jetzt zu jedem annehmbaren Preis.

Trotz dieser enorm billigen Preise rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar.

Außerordentlich billig. Zum Aussuchen.
Wert größtenteils das Dreifache.

Herren-Socken in grau
sonst 35 Pfg. jetzt Stück 25 Pfg.

Herren-Arbeitshosen in Leder u. Zwirn
früherer Preis bis 3 Mk. jetzt Stück 145 Mk.

Herren-Bucksinhosen schw. Ware
Wert 4.50 Mk. jetzt Stück 295 Mk.

Damen-Gürtel in Leder u. Gummi
früherer Preis bis 1.50 Mk. Stück 25 Pfg.

Tüll- u. Chiffon-Jabots in Seide
früherer Preis bis 2 Mk. Stück 48 Pfg.

Reinleinen Tischtücher
Größe 110x130 cm Stück 200 Mk.

1000 Korsetts

Ein Posten **Spiral-Korsetts** mit 10 Spiralfedern
Wert 1.60 Mk. Stück 138 Mk.

Ein Posten **Spiral-Korsetts** Satindrell mit Spiralfedern. Wert 2.80 Mk. Stück 220 Mk.

Ein Posten **Frack-Korsetts** eleganter Sitz mit Strumpfhaltern. Wert 3.30 Mk. Stück 260 Mk.

Ein Posten **Mieder-Korsetts** dunkle und helle Jacquardmuster. Wert 1.80 Mk. Stück 140 Mk.

Ein Posten **Korsetts** einzelne und zum Teil leicht beschädigte
früherer Preis bis 2 Mk. zum Aussuchen Stück 75 Pfg.

Ca. 2000 Meter

Gardinen

in weiß und crème
hochelegante Dessins in wirklich haltbaren Qualitäten
Serie I 68 Pfg. Serie II 88 Pfg.
früherer Preis bis 95 Pfg. früherer Preis bis 1.30 Mk.

Ein Posten
Normal- und Macco-Herren-Hemden und -Hosen
früherer Preis bis 2.40 Mk. zum Aussuchen Stück 165 Mk.

Grosser Posten **Damen-Wäsche**
einzelne und im Schaufenster leicht angestäubte
Serie I 85 Pfg. Serie II 125 Mk. Serie III 165 Mk.
Wert bis 1.40 Mk. Wert bis 2.00 Mk. Wert bis 2.60 Mk.

Grosser Posten
Steppdecken Gr. 140 x 190 cm
mit rotem Satinbezug und Normalfutter
Wert 7.00 Mk. jetzt Stück 485 Mk.

Ca. 400 Meter **Bettuchhalbleinen**
prima Fabrikat, 140 cm breit, mittelfädig
Wert 1.60 Mk. jetzt pro Meter 125 Mk.

Günstigste Kaufgelegenheit f. ganze Ausstattungen.

Tischdecken, Teppiche, Portièren, Bettvorlagen, Felle

sowie sämtliche

Aussteuer-Artikel, fertige Betten, Bettstellen und Matratzen

für Erwachsene und Kinder,

Bettfedern und Daunen jetzt teilweise 20-50 Prozent unter Preis.

Königstr.
89.

Hans Struve

Ecke
Wahmstr.

Zum Kapitel: Reservistenbehandlung im deutschen Heere.

Seit einigen Tagen werden am Solinger Bezirkskommando von einem dorthin entsandten Kriegsgerichtsrat in der Untersuchungslage gegen Offiziere wegen Beleidigung Untergebener Vernehmungen angestellt. Bekanntlich wurden im vorigen Jahre die Genossen Grüh von der „Reinischen Arbeiter-Zeitung“ und Döfel von der „Verglichenen Arbeiterstimme“ wegen angeblicher Beleidigung von Offizieren und Unteroffizieren des Reserve-Regiments Nr. 53 in Köln zu drei bezw. sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Blätter kritisierten im Herbst 1906 die Behandlungsweise, wie sie Mannschaften der Reserve und Landwehr in der Senne beim im darauffolgenden Manöver seitens einzelner Vorgesetzten zuteil wurde. Die Folge dieser berechtigten Kritik war eine Anklage mit nachfolgender Verurteilung. Der betreffenden Gerichtsverhandlung gegen unsere Genossen wohnte auch ein Oberkriegsgerichtsrat bei, der allem Anscheine nach aus dem Gange der Verhandlung zu der Überzeugung gekommen sein muß, daß unseren verurteilten Genossen der Wahrheitsbeweis für die in den Artikeln aufgestellten Behauptungen auch gelungen war. Denn anders wäre die Anklage gegen Offiziere des in Frage kommenden Regiments wegen Beleidigung Untergebener nicht zu verstehen. Daß unseren Genossen der Wahrheitsbeweis für die aufgestellten Behauptungen im großen und ganzen vor der Strafkammer in Elberfeld gelungen war, gibt übrigens die schriftliche Begründung des Urteils selbst zu, deshalb auch die verhältnismäßig gelinden „Strafen“, welche damals gegen die beiden „Sünder“ verhängt wurden. Nun muß die Militärbehörde wohl oder übel den Spieß umdrehen und gegen die Beleidiger der Mannschaften Front machen. Unsere Genossen haben also wenigstens nicht umsonst „gebrummt“, die Kritik hat genutzt und damit ist der Zweck, den sie mit derselben verfolgten, erreicht. Für unsere Annahme, daß der selnerzeit den Verhandlungen bewohnende Oberkriegsgerichtsrat zu der Überzeugung gekommen sein mußte, daß unsere Genossen mit ihrer Kritik recht hatten, möge hier auch ein kleiner Auszug aus den Urteilen folgen. In bezug auf die Behauptungen in dem Artikel, für den der Angeklagte Grüh verantwortlich war, heißt es in dem schriftlichen Urteil u. a.:

„... Richtig ist, daß die Betten in der Senne unzureichend gewesen sind. Die Strohsäcke waren zum Teil schon ziemlich verlegen und dünn, die Mannschaften hatten nur eine Decke und schliefen deshalb, da die Nächte schon ziemlich kühl waren, in ihren Drillhosen. ... Daß die Anstrengungen sehr groß gewesen und viele Leute schlapp wurden, ist ja zutreffend. ... Aus allem Vorausschildebten folgt, daß die Übung im Manöver für die Mannschaften sehr beschwerlich und anstrengend war. ... Dagegen nimmt das Gericht dafür den Beweis als erbracht an, daß der Oberleutnant v. Bodungen Ausdrücke, wie Hammelherde, oder Schweinebande, oder faule Blase zc. gebraucht hat. Die Behauptung in dem fraglichen Artikel, die Grundtöne der Rede des Oberleutnants seien Worte wie Schweine, Säue u. dergl. gewesen, hält das Gericht daher im allgemeinen erwießen. Es ist auch weiter nicht von der Hand zu weisen, daß Ausdrücke, wie Schweinebande, Hammelherde zc., die, auch wenn sie sich direkt nicht an den einzelnen Mann richteten, doch

jeden einzelnen der betreffenden Kompagnie beleidigend treffen müssen, gefallen sind. ... Das Gericht nimmt dasselbe an von den Ausdrücken, die lauteten: „die Kompagnie kommt daher wie eine Schweinebande“. ... Auch hier kann sich jeder einzelne Mann getroffen fühlen. Es bedarf nicht dieses Schimpfwortes, um eine Nachlässigkeit der Kompagnie zu rügen. Aber trotz dieses im allgemeinen erbrachten Wahrheitsbeweises, daß der Oberleutnant v. Bodungen Schimpfworte gebraucht, erachtet das Gericht doch eine Formalbeleidigung aus § 142, 185 Str.-G.-B. für gegeben. ... In bezug auf die Behauptungen in dem Artikel, für den der Angeklagte Döfel verantwortlich war, ist in dem schriftlichen Urteil u. a. zu lesen: „... Was den ersten Vorwurf, die Offiziere hätten die Mannschaften beschimpft, anlangt, so hat das Gericht den Beweis der Wahrheit für einen Teil der Offiziere für erbracht angesehen. ... Von den als Zeugen vernommenen Offizieren des ersten Bataillons haben Major Klatten, Hauptmann Müller, Oberleutnant Koffler und Leutnant Petri zugegeben, daß mitunter Schimpfworte wie Hammelherde, Lämmel, Schweinebande und dergleichen von ihnen gebraucht seien niemals aber mit der Absicht, zu beleidigen (!!), sondern um etwas Unvorschriftsmäßiges zu rügen und die Leute anzufeuern. Daß dieser Umstand jedoch den Ausdrücken den Charakter einer Beschimpfung der Leute nicht nimmt, bedarf keiner weiteren Erörterung. ... Fest steht somit, daß gerade beim ersten Bataillon geschimpft worden ist und Ausdrücke wie Schweinebande, Säubande, Lämmel und dergleichen gefallen sind, und mußte insoweit der Wahrheitsbeweis für die im Artikel aufgestellte Behauptung, die Leute seien als Lämmel, Schweine und dergleichen tituliert worden, als dargetan erachtet werden.“

Wohlgemerkt handelt es sich hier nicht etwa um subalterne untergeordnete Vorgesetzte, die Reservisten und Landwehrleute — also gediente Soldaten, keine Rekruten! — mit den lieblichen Bezeichnungen „Schweine“, „Säue“ u. dergl. titulierten, sondern ausschließlich um Offiziere vom Oberleutnant und Major bis zum Leutnant abwärts.

Wie berechtigt die sozialdemokratische Kritik in diesem Falle war, geht zur Genüge aus den mitgeteilten Sätzen des Urteils hervor. Daß die Kritiker trotz erbrachten Wahrheitsbeweises „verknurrt“ wurden, nimmt niemand mehr wunder, der den heutigen „Rechtsstaat“ kennt. Gespannt kann man höchstens darauf sein, mit welcher Strafe denn nun die Beschimpfungen der Rekruten gesühnt werden.

Soziales und Parteileben.

Der nationale Terrorismus blüht. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, wurde dem elf Eisenbahndirektionen Preußens folgender Brief ins Haus geschickt:

An die Königl. Preussische Eisenbahndirektion! Leipzig und Stettin, am 12. Januar 1908. Nachdem der Königl. Preussische Eisenbahnminister den Königl. Eisenbahndirektionen gegenüber es für sehr erwünscht erklärt hat, daß im Interesse der gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung der Nation den in den Eisenbahnerwerkstätten beschäftigten Lehrlingen, besonders in den größeren Städten, Gelegenheiten gegeben wird, sich an turnerischen und sportlichen Übungen, die unter zuverlässiger Leitung stehen, zu beteiligen, erlauben wir uns, der Königl. Eisenbahndirektion unsere, in 8000 Vereinen streng auf dem Boden der Liebe zum Vaterlande und der Entwicklung des deutschen Volkstums arbeitende

Deutsche Turnerschaft als diejenige Vereinigung zu bezeichnen, in der die Jugend eine gesunde deutsche Erziehung erhält und vor den Bestrebungen verwahrt wird, die sich gegenwärtig auf dem Gebiete der Leibesübungen als „freie“ Turnerschaften mit sozialdemokratischen Parteibestrebungen geltend machen. Wir bitten, die in den Eisenbahnerwerkstätten arbeitenden jungen Leute stets auf unsere vaterländische Deutsche Turnerschaft hinzuweisen.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft.
Dr. med. Ferd. Goetz, Stadtschulrat Prof. Dr. Rühl,
Voritzender. Geschäftsführer.

Die „Arbeiter-Zeitung“ nennt es ganz richtig eine Lumperei, wenn man der Behörde gegenüber einen politischen Gegner answärzt, um für sich selbst dadurch einen Vorteil zu erschnorren. Es ist selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung kein erlerntes Recht hat, auf die Gesinnung der Lehrlinge einen „sanften Druck“ auszuüben. Wo sie es dennoch tut, begeht sie einen großen Verstoß gegen die guten Sitten. Richtig ist ja, daß sich die preussische Bureaucratie wenig darum kümmert, ob das, was sie gegen Andersdenkende tut, völlig einwandfrei ist. So mag es denn auch seine Richtigkeit haben, was der „Voritzung“ aus Gotha gemeldet wird:

„In Turnerkreisen wird hier eine Verfügung des Eisenbahnministers viel und freudig besprochen. Nach dieser Verfügung haben sich die Lehrlinge in den Werkstätten der Eisenbahn einem der Deutschen Turnerschaft angehörenden Turnverein anzuschließen. Diese Verfügung wurde hier den Lehrlingen in diesen Tagen mitgeteilt, und die Folgen haben sich durch zahlreiche Anmeldungen in den Turnvereinen gezeigt. Wie ernst die Sache genommen wird, geht daraus hervor, daß morgen von einem Direktionsbeamten aus Erfurt die Aufnahmeprotokolle der Lehrlinge geprüft werden sollen.“

Nach wie vor muß gegenüber diesem behördlichen Terrorismus betont werden, daß der Eisenbahnminister nicht das geringste Recht hat, die Lehrlinge zum Eintritt in die nationale Turnerschaft zu veranlassen. Die Lehrlinge sind lediglich zu Arbeitsleistungen verpflichtet, und der Lehrherr, das ist hier der Staat, hat die Verpflichtung übernommen, die jungen Leute zu tüchtigen Handwerkern auszubilden. Darüber hinaus steht dem Arbeitgeber kein Recht zu, über den Lehrling zu verfügen, vielmehr ist das Sache der Eltern. Abgesehen hat diese neueste Blüte im nationalen Terroristenkranz nur noch gefehlt: Der nationale Müß- und Zwangsturnlehrling wird das Glück der Patrioten voll machen. Armer Turnvater Jah, wenn du das noch erlebt hättest!

Gasarbeiterstreik in Halle a. S. Die Gasarbeiter der städtischen Gaswerke legten am 29. Januar die Arbeit nieder. Die Ursache bildet die fortwährende Verzögerung in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie in den ihnen auf ihre Eingaben gewordenen Antworten und die schlechte Behandlung. Anstatt Hebung ihrer Lage sind den Arbeitern nur Verdrößungen und Beschimpfungen zuteil geworden. Stadtverordneter Giese entblödete sich sogar nicht, diese Arbeiter, die stets vor glühenden Öfen arbeiten müssen, in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung als Faulenzer zu bezeichnen; der Gasmeister Laubner fügte dieser Kränkung noch die tätliche Beleidigung (einem Arbeiter gegenüber) hinzu. Die seitens der Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, angebotenen Verhandlungen vertiefen resultatlos, die Verbandsvertreter wurden einfach abgewiesen. Einer nur aus Gasarbeitern bestehenden Kommission, wurden Zugeständnisse jedoch auch nicht gemacht, trotzdem der finanzielle Effekt der beantragten aber verweigerten Verbesserungen nur 22 000 Mk. ausmacht und die Gasanstalt im letzten Jahre 508 894 Mk., das sind 43 Proz. der Einnahme, als Überschuß erzielte. Die Arbeitsüberlegung erfolgte mit seltener Einnützigkeit, über 100 Mann sind beteiligt. Seitens des Magistrats verliert man Arbeiter anderer städtischer Betriebe

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.
(11. Fortsetzung.)

„Den ich in noch höherem Grade verdienen will,“ fiel der junge William ein, „wenn ich lebendig aus Holland wiederkehre.“

„Du siehst mit aus, wie einer, der vom Dache fallen kann und unverletzt wieder aufsteht,“ sagte Schremsburg, ihn wohlgefällig betrachtend. — „Glück brauchen wir alle, ohne seine Hilfe sind wir verloren. Hier ist der Brief, Sir Herbert, näht ihn ein, wo es Euch am besten dünkt; was mündlich dem Prinzen zu sagen ist, wißt Ihr, alles andere ist Eurer Klugheit überlassen.“

Nach einer langen Unterredung schieden endlich die Boten, zwei kluge, tapfere Männer, unter den Geleiwünschen der Versammlung, die bald darauf sich unter der Abrede entfernte, im stillen tätig zu sein und abzuwarten.

Doktor Burnet blieb zurück mit Churchill, dem er Briefe einhändigte, ihm vertraut und lebhaft erzählte, wie gnädig der Prinz ihm gesinnt sei, welche Dankbarkeit er von dem fürstlichen Paare zu hoffen habe, und was die Zukunft ihm bringen werde.

„Baron,“ sagte er endlich, „Männer wie Sie sind es, die das Höchste erwarten dürfen, Reichtum und Ehre und alle Güter und Freuden dieser Welt. — Ich habe etwas von einem Propheten in mir und sage Ihnen als solcher, daß ich Sie als den Ersten in diesem Lande erblicke, und daß eine Zeit kommen wird, wo keiner Ihrer kühnsten Wünsche unerfüllt bleibt.“

Churchills schönes, stolzes Gesicht verklärte sich. — „Versichern Sie dem Prinzen,“ sprach er, „daß mein Leben ihm und seinen Ansichten gehört.“

„Vereinen Sie die Prinzessin Anna vor, mich zu sehen,“ flüsterte Burnet, „und verschaffen Sie mir eine Gelegenheit zu einer gebirgen Audienz.“

Der General versprach alles, und als Schremsburg zurückkehrte, blieben die drei Männer noch lange im vertrauten Gespräch.

Endlich ging Churchill, und Burnets Gesicht nahm den Ausdruck des äußersten Hohns und der Verachtung an. — „Ja, das ist der Fluch der Tyrannen,“ rief er, „daß sie nitgend wahre Treue und Liebe finden. — Dieser Mann,

überhäuft mit Liebschlingen und Ehren, verrät seinen Wohltäter. Er, der niedrige Sklave seines Welches und seines Geizes, der keinen Körper, als er noch ein halbes Kind war, der königlichen Maitresse Cleveland verkaufte, verkauft sich jetzt dem Feinde seines Herrn und wird es dahin bringen, daß das Kind den Vater verrät. — Welche Lehre für die Könige, welchen alles künftlich ist! Ha, ich verstehe die Verachtung, welche Wilhelm von Oranien gegen die Menschen hegt, in denen er nichts sieht, als eigennützig, nichtswürdige Werkzeuge, die jedem feil sind, von dem sie den meisten Lohn hoffen dürfen.“

„Von allen, die den König umgeben,“ sagte Schremsburg, „ist Sunderland der einzige, der an ihm festhalten wird, weil er nicht zurück kann.“

„Festhalten wird!“ rief Burnet lachend. „O! glaubt das nicht. — Ich habe im Haag Briefe auch von ihm gesehen, auch er erbietet sich zum Verrat. Nein, dieser unglückliche Monarch hat keinen Freund, nur Knechte und Werkzeuge seines Willens, die ihn schmähen und verhöhnen werden, wenn sie ihn nicht mehr zu fürchten haben.“

„Das ist das Loß wortbrüchiger Fürsten,“ erwiderte Schremsburg, „daß Loß derer, die selbst ohne Treu und ohne Glauben ihren ehrgeizigen und sanftmütigen Gelüsten folgen. Ohne Eittlichkeit, ohne Menschenwürde kann kein König und kein Thron bestehen.“

In Whitehall erwartete der Staatssekretär am nächsten Tage den König, der, wie ihm seine Vertrauten berichteten, in der düstersten Stimmung aus dem Lager zurückgekehrt, mit Vater Petre eine lange geheime Unterredung hatte. — Lord Sunderland war selbst gereizt und unruhig. Man sah ihn in der Galerie lange auf- und abgehen, die Stirn gefurcht, die Hände auf den Rücken gelegt und die Augen auf den Boden geheftet.

Wütlich aber wurde er in seinem Nachsinnen durch die rohe, heilere Stimme des Kanzlers unterbrochen, der hereintrat und ihm einen guten Morgen bot. Aber auch Jeffreys sah anders aus wie gestern. Sein Gesicht war röter und dunkler als gewöhnlich, seine Augen mit Blut unterlaufen, an seiner Gacke ließen ein paar lange Schrammen herunter, als sei er geschunden, und seine Nase war bedenklich aufgelaufen.

Es war bekannt genug, daß der Kanzler, wenn er eine wilde Nacht durchtrunken und durchschlemmt hatte, gewöhnlich am andern Tage einige Zeichen davon an sich trug,

aber er war dann auch in einer so wütenden Aufregung, daß er mehr einem wilden Tiere im Käfig als einem Menschen gleich, und niemand seiner Vertrauten sich ihm nähern durfte.

Als Lord Sunderland einen Blick auf seinen Gefährten warf, konnte er sich eines spöttischen und verächtlichen Lächelns nicht erwehren.

„Nun, Mylord,“ rief Jeffreys ihm nach, als er weiter ging, „Ihr scheint Euren lustigen Tag zu haben.“

„Und bei Euch, teurer Kanzler,“ erwiderte der Staatssekretär, „ist es Vollmondszeit, wie ich sehe. Ihr leuchtet im schönsten Glanz.“

Jeffreys Augen strahlten im ausbrechenden Zorn. — „Nehmt Euch in acht,“ sagte er, „wichtige Leute sterben früh, Mylord; niemand kann wissen, wie bald ein weiser Mann ein Pair und ein ehrlicher Mann ein Dieb und Verräter wird.“

Der Staatssekretär trat betroffen zurück. Auf einen Augenblick war er leichenblau, dann färbte sein Gesicht sich fast röter noch als Jeffreys' Nase. Er blickte diesen durchdringend an und sagte mit Stolz: „Wenn ich nicht wüßte, daß Ihr Mylord Jeffreys seid, des Königs Kanzler, so würde ich Euch antworten, was König Karl II. von dem Oberrichter Jeffreys sagte, daß er mehr Unverschämtheit besitze als zehn Gassenweiber zusammengekommen.“

Bei dieser Antwort ballte der Kanzler in unbeschreiblicher Wut die Fäuste, und die beiden Minister standen sich gegenüber wie zwei Männer, die im nächsten Augenblicke über einander herfallen wollen, aber es war eben nur ein Augenblick; denn plötzlich begann Jeffreys sein gemühtliches Lachen, und indem er dem Staatssekretär die Hand hinhielt, sagte er mit ganz verändertem Tone: „Gott verdamme Eure wichtigen Vergleiche, Mylord, aber alte Freunde sollen sich nicht erzürnen; das hieße gegen sein eigen Fleisch und Blut wüten in dieser Zeit, wo unsere Feinde mit jedem Tage frecher werden.“

„So ist es also die Frechheit, die Euer Gesicht in diesen strahlenden Zustand versetzt,“ erwiderte der Lord. „Wir wollen sehen, wie das Eure aussieht, wenn ich Euch eine Neuigkeit mitteile,“ versetzte Jeffreys dagegen. „Nun?“ sagte Sunderland.

Der Kanzler trat dicht zu ihm heran, und indem er ihn durchdringend betrachtete, sprach er mit leiser, tiefer Stimme: „Gilbert Burnet ist in London! — Da, seht Ihr

zu kommandieren. Vielfach erklärten sie sich solidarisch. Jetzt prangt die Stadt in halber Beleuchtung. Zugzug ist fern zu halten.

Allgemeiner deutscher Krankenkassenkongress. Am 26. d. Mts. fand in Berlin im Gewerkschaftshaus eine Konferenz von Vertretern der Vereinigungen und Verbände von Krankenkassen statt. Anwesend waren 37 Delegierte. Beschlossen wurde, daß die Zentrale der Krankenkassen Deutschlands den Auftrag erhält, die Vorarbeiten für einen im Mai dieses Jahres in Berlin stattfindenden allgemeinen Krankenkassenkongress in die Wege zu leiten.

Tarifvertragsverhandlungen im Baugewerbe. Wir berichteten kürzlich über eine Maurerverammlung in Dresden, die sich mit der Tarifkündigung der Unternehmer und deren neuen Tarif beschäftigte. Die Versammelten lehnten den Unternehmertarif als ungenügend ab und beauftragten ihre Leitung, mit den Unternehmern aufs neue zu verhandeln. In gleicher Weise verfuhr jetzt auch eine Bauarbeiterversammlung dort. Einmütig wurde der Unternehmertarif abgelehnt und die Gewerkschaftsleitung beauftragt, mit den Unternehmern aufs neue zu verhandeln.

Aber den Gesundheitszustand des Genossen Webel verbreitet ein Telegrammbureau allerlei alarmierende Gerüchte. Wie jedoch der Berliner Korrespondent der „Mannh. Volksstimme“ auf Grund zuverlässiger Information feststellen kann, ist an dieser Meldung kein wahres Wort. Genosse Webel ist vollständig gesund und erledigt seine Arbeiten mit der alten Frische und Rüstigkeit.

Die Sache des Polizeiherrn. Der Polizeidirektor v. d. Busch in Braunschweig hat unserem dortigen Parteiorgan, dem „Volksfreund“, die erwiderte Mitteilung zugehen lassen, daß er der Redaktion die weitere Benutzung der Polizeirapporte — verweigere. Der „Volksfreund“ vermutet, daß seine Haltung zu den Straßendemonstrationen den Herrn Polizeidirektor zu dieser fomischen Maßnahme veranlaßt hat.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 30. Januar 1908.

90. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Leipzig, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für die Verwaltung der Marine.

Die Budgetkommission beantragt hierzu folgende Resolution:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften innehalten, und falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festlegung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.“

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (S.D.) in der letzten Zeile hinter „Arbeiterausschüsse“ einzuschalten „und Arbeiterorganisationen“.

Die Beratung beginnt bei „Fortdauernde Ausgaben“, Gehalt des Staatssekretärs 44000 Mk.

Dr. Leonhart (F.Vp.): Die Agitation des Flottenvereins richtet sich gegen England; wir betonen, daß die Vermehrung unserer Flotte sich nicht gegen England richtet, daß wir überhaupt keine Angriffsflotte haben. Aber andererseits kann keine Rücksicht auf das Ausland uns hindern, den notwendigen Ausbau unserer Flotte vorzunehmen. Der Flottenverein tadelt die lange Bauzeit unserer Schiffe, und in der Tat ist sie zu lang. Der Staatssekretär sprach gestern von der Überlegenheit der englischen Privat-Schiffbau-Industrie. Die deutsche Schiffbau-Industrie steht keiner anderen nach; daß wir hinter anderen Nationen hinterher hinken, liegt vielmehr daran, daß an der Spitze unseres Konstruktionsbureaus nicht ein Techniker, sondern ein Seemann steht. An dieser Stelle sollte man mit dem Gehalt nicht sparen, um einen tüchtigen Techniker zu gewinnen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Auch die Maschineningenieure haben auf unseren Kriegsschiffen nicht diejenige Stellung, die ihrer Bildung, Tüchtigkeit und Erfahrung entspricht, weder in Beziehung auf ihr Gehalt noch in Beziehung auf ihre dienstliche Stellung. Des weiteren bringt Redner eine Reihe von Klagen einzelner Beamtenkategorien vor und tadelt speziell die sog. „Lafelgelder“ für Offiziere, die nicht der altpreussischen Sparfamkeit entsprechen.

„Nalord, wie meine Neugierde wirkt!“ rief er frohlockend. „Gute Wangen glühen wie Feuer, und auf Eurer Stirn zucken die Wimpern zusammen.“

„Burnet!“ antwortete der Lord, ohne sich auf eine weitere Bemerkung einzulassen. — „Was wißt Ihr davon? Habt Ihr ihn gesehen?“

„Hätte ich das, so würde ich sagen: Burnet hat ein schönes, schönes Strahlen im Lower bezogen.“

„Dann ist es Fräulein, es kann nicht sein!“ rief Sunderland. — „Ariere Söhne im Haag haben mit gestern noch geschrieben, daß Burnet sich mit einem neuen Pamphlet gegen die Eitelkeit der Geburt des Prinzen von Wales beschäftigt. Der König weiß es, und Ihr könnt seinen Zorn Euch vorstellen. — Burnet wird nicht wagen, seinen Fuß auf englischen Boden zu setzen. Bei aller seiner unablässigen Gültigkeit ist er zu klug, um nicht zu wissen, was hier seiner wartet, wenn er entdeckt wird.“

„Statt der Antwort zog Jeffreys das Bisset hervor, welches er Lätitia Grey abgenommen hatte. — Er schlug es auf und hielt es dem Staatssekretär hin. „Kennt Ihr diese Handschrift, Nalord?“ fragte er.

„Wie seid Ihr dazu gekommen?“ fragte Sunderland zurück.

„Das ist meine besondere Angelegenheit.“ erwiderte der Kanzler, „aber hier steht deutlich: Gilbert Burnet. — Ist es von ihm oder nicht?“

„Dem Anschein nach, ja. Aber es steht kein Ort und kein Tag darunter; es kann somit im Haag geschrieben sein.“

„Es ist in London geschrieben.“ rief Jeffreys, und in Auf ausbrechend holte er die Haut und sagte mit zuckenden Lippen: „Hätte ich den verdammten Buben halten können, der es in mein Haus brachte, so sollte er so wenig wie der nichtswürdige Pamphletschreiber dem Galgen entgegen.“

Sunderland erriet in diesen Worten halb und halb, was sichgetragen. Es war die Zeit der galanten Abenteuer, und er wußte recht gut, wie es in Jeffreys Hause stand.

„Ich glaube es nicht.“ sagte er, „aber mag es sein, wie es will, so viel ist gewiß, daß die Person, an welche das Bisset gerichtet wurde, schwerlich von einem peinlichen Prozeß zu retten ist, wenn der König etwas davon erfahren. Tut nichts, Lord Kanzler, ehe Ihr Eurer Sache nicht ge-

Staatssekretär von Leipzig: Ich vermahne mich dagegen, daß ich unsere Schiffbau-Industrie gegenüber der englischen herabgesetzt habe; ich habe nur mit Recht hervorgehoben, daß wir quantitativ nicht in derselben Lage sind wie England. Bei den Ingenieuren hat der Vorredner den technischen Betrieb der Maschinen und die konstruktive Technik durcheinander geworfen. Wir besitzen ein ausgezeichnetes Maschinenpersonal, das unsere Maschinen in sehr guter Weise bedient, so daß der Kommandant sich vollständig darauf verlassen kann, und es ist fraglich, ob eine Änderung im Sinne des Abgeordneten Leonhart dieselbe Gewähr für den sicheren Betrieb geben würde.

Dr. Struve (F.Vp.): Gegenüber der gestrigen Lobeserhebung der englischen Schiffbau-Industrie seitens des Staatssekretärs war es selbstverständliche Pflicht des Abg. Leonhart, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie hervorzuheben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Solche allgemeine Redewendungen wie die, daß Abg. Leonhart den Unterschied zwischen konstruktiver Technik und technischem Betrieb nicht kenne, machen auf uns keinen Eindruck; schlechter als jetzt kann es für die Techniker gar nicht in der Marine sein. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Daß die Ingenieurefrage sehr schwierig ist, gibt der Staatssekretär zu; er soll es also auch verstehen, daß man anderer Meinung sein kann wie er. Dann möchte ich die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf den Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Kriegsgerichten lenken. Die Öffentlichkeit hat sich vollständig bewährt; aber die Geschichte der Marinegerichtsbarkeit ist nicht frei vom Ausschluß der Öffentlichkeit bei Verfahren gegen Offiziere. Auch verlegte man die Verhandlung öfter an Bord der Kriegsschiffe, wo die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen war, aber eben niemand erscheinen konnte (Hört, hört! links), zum Teil, weil die Erlaubnis zum Betreten des Kriegsschiffes nicht gegeben wurde — aus Mangel an Raum. (Hört, hört! links.) Neuerdings haben verschiedene Herren erklärt, sie betrachten die Presse als ein nicht immer ganz zu vermeidendes Übel. Den Kriegsgerichtskräften bei der 1. Marineinspektion wurde die Auskunftserteilung an die Presse verboten, den Gerichtsdienern wurde unter Androhung von Strafe verboten, mit den Berichterstattern überhaupt zu sprechen. (Hört, hört! links.) Das Vertrauen zur Rechtsprechung der Marinekriegsgerichte muß unter solchen Umständen sehr leiden. Indem ich mich zur Zivilbevölkerung wende, bitte ich, die von der Kommission beantragte Resolution möglichst einstimmig anzunehmen, und die Marineverwaltung bitte ich, danach zu handeln. Des weiteren bringt Redner Wünsche verschiedener Beamten-Kategorien zur Sprache, deren Befristung er empfiehlt; zum Teil haben Arbeiter ein höheres Einkommen, als die ihnen vorgesetzten Beamten.

Staatssekretär v. Leipzig: Über den Ausschluß der Öffentlichkeit ist die Marineverwaltung nicht in der Lage, den Kriegsgerichten Vorschriften zu machen. Bezüglich der Marine-Ingenieure bemerke ich, daß deren Verhältnisse gerade aus eigener Initiative der Verwaltung sehr erheblich verbessert, ihre Stellung wesentlich gehoben ist. Die Marineverwaltung hat volles Verständnis dafür, ihre Beamten gut zu stellen, und wird tun, was in ihrer Macht steht.

Legien (S.D.): Das Verhalten gegen die Berichterstatter war sehr sonderbar. Ein Gerichtsschreiber läßt sich doch nicht so leicht in Beschlag nehmen. Die Herren Freisinnigen werden mit der Antwort des Staatssekretärs nicht so recht zufrieden sein. Sie sehen, meine Herren Freisinnigen, es bleibt alles beim alten, obgleich Sie jetzt sich der Regierungslösung erfreuen, und obgleich einzelne ihrer hervorragenden Vertreter mit Ordensauszeichnungen bedacht worden sind. (Beifall b. d. Soz., Lachen b. d. Freis.) Der Redner bemängelt die Zustände auf den kaiserlichen Werften, besonders auf der Kieler Werft. Die Arbeiter haben nicht genügend Einfluß, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Sobald sie ihr Recht verlangen, werden sie entlassen. Die Arbeiterausschüsse sind ganz machtlos. Die Tagesordnung ihrer Sitzungen müssen sie der Direktion einreichen, die einzelne Punkte streichen kann. Auf Beschwerden kommt oft monatelang keine Antwort. Eine Kaisergeburtstagsfeier wurde auf ihre Kosten veranstaltet. Die Ausschußmitglieder wollte man sogar zwingen, dabei patriotische Reden zu halten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeiterbewegung wird von der Werftdirektion gänzlich mißachtet. Wäre das in einem Privatbetriebe der Fall, so wäre ein Streik unausbleiblich. Aber die Werftarbeiter sind besonnen genug, das Möglichste auszuhalten. Der Redner behauptete Willkür bei der Vergabe der Aufträge und schildert die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den kaiserlichen Werften höchst abfällig; sie seien durchaus keine Musterstätten. (Beifall der Sozialdemokraten.) Jahr für Jahr werden wir mit unseren Beschwerden wiederkommen, Herr Staatssekretär! Wir werden sehen, wer es länger aushält. (Seiterteil.) Der Redner fordert gemäß dem Antrage,

miß seid. Ist Burnet in London, so will ich alles aufbiehen, ihn greifen zu lassen, und in einer Stunde hundert Dehnhunde auf seine Spuren leiten. Es soll uns nicht entgehen. Dann ist es Zeit, den König mit einer Vorladung zu überraschen, die ihn in Freude setzen wird, heut würden Euer Herrlichkeit leicht nur Vorwürfe empfangen.“

„Ist es die Freisprechung der Bischöfe?“ sagte der Kanzler. „Ich habe getan, was ich vermochte.“

„Dennoch legt man sie zum guten Teil Eurem Mangel an Einsicht zur Last.“

„Gott verdamme die Spitzbuben, die Geschworenen!“ rief Jeffreys, „und den Sheriff dazu, der sie ausgesucht hat. Ich wollte ihn ablegen, den Schurken, der Kerl aber winkelt und schwört, er habe Leute ausgesucht, die jeden verurteilt hätten, der ihnen vorgeführt wurde, nur diese Bischöfe nicht, für welche kein Verdammungsurteil in ganz England zu finden sei. — Das Volk sieht Heilige in diesen vermaledeiten Priestern, und gestern Abend haben wir ein hübsches Fröbchen von der Wut des Böbels bekommen. Es wird Zeit, Nalord, sich vorzusetzen, den auffälligen Verräter sind sie alle; nur die Furcht macht sie noch gelehrt.“

„Und selbst diese tut es nicht mehr.“ murmelte Sunderland, der seinen Spaziergang fortsetzte. Als er zurück kam, blies er vor Jeffreys stehen. „Ihr wißt es wahrlich nicht noch nicht.“ begann er, „daß nicht Ihr noch des Königs Wunsch und Befehl von der Universität Oxford zum Kanzler ernannt worden seid, sondern der junge Herzog von Ormond.“

„Das haben sie gewagt, diese Professoren!“ rief Jeffreys rot vor Ärger.

„Nichts ist fähiger, gelehriger, bedientenhafter, als ein Professor. Ein gelehrtes Tier, das hinter seinen schweißbedeckten Folianten vor nichts so sehr Angst hat wie vor dem Zorn seiner hohen Gönner, ist zu allem zu gebrauchen und weiß vom praktischen Leben, von dem, was in der Welt vorgeht und was der Welt nützt, weniger als der geringste Bauer. Alle Unruhe ist ihm zuwider, aller Ungehorsam die größte Sünde, alles Auflehnen gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit das schlimmste Verbrechen.“ —

(Fortsetzung folgt.)

den seine Fraktion zum Marineetat eingebracht hat, die Zuziehung der Arbeiterorganisationen bei der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse, unter anderem bei Vergabe der Aufträge.

Dr. Spahn (Z.) vertritt demgegenüber die Resolution der Budgetkommission, die die Zuziehung der Arbeiterausschüsse verlangt. Auch er wünscht eine gleichmäßigere Vergütung der Aufträge und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.

Severing (S.D.): Von den im Jahre 1906 erhobenen Beschwerden über die Verhältnisse der Werftarbeiter sind noch sehr viele unerledigt geblieben. In bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit ist, wie ich zugeben muß, die Verwaltung den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen, nicht aber in bezug auf die Preisvereinbarungen. Man darf die Arbeiter nicht auf die Mitarbeit von Frauen und Kindern verweisen. Das ist nur möglich in Industriezweigen, nicht aber in Wilhelmshaven, wo die Arbeiter ausschließlich auf die Marine angewiesen sind. Die Arbeiter müssen allgemein so gestellt werden, daß die Mitarbeit der Familie überflüssig wird. Es müßten vor allem höhere Aufgangslöhne gezahlt werden, um tüchtige Arbeiter nach den Marineverkerften hinzuzubekommen. Von den angeworbenen Arbeitern müssen heuer viele Arbeiter entlassen werden, weil sie nichts taugen. Da infolge dessen häufig Arbeitermangel herrscht, so müssen Überstunden gemacht werden und dadurch wird der Segen der Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch. Die von der Verwaltung eingeführten pneumatischen Werkzeuge haben zwar Vorteile für die Produktion, sie haben aber andererseits für die Arbeiter, die damit zu tun haben, schwere Gesundheitsbeschädigungen zur Folge, wie ein Bericht der Gewerkschaftskommission und die verhältnismäßig hohe Krankenzahl an den kaiserlichen Werften beweist. Redner kritisiert dann die von der Werftverwaltung in Ruyhaven erlassene Anordnungsordnung der Arbeiter, nach der zwar nicht nationalliberale oder konservative Magistrate, wohl aber sozialdemokratische Magistrate von der Annahme ausgeschlossen sind.

Nationalitätler Harms weist im einzelnen die Beschwerden der Abgg. Legien und Severing über schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse der Werftarbeiter zurück. Die Löhne der Arbeiter seien höher als in der Privatindustrie.

Legien (S.D.) hält seine Beschwerden aufrecht.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Ledebour (S.D.) und Graf Oriola (N.) wird der Titel „Ministergehalt“ bewilligt, ebenso ohne Debatte eine Reihe weiterer Titel. — Beim Titel „Schiffsverpflegung“ bedauert

Dahlem (Z.): Daß die Marineverwaltung französische Rotweine für die Verpflegung gekauft habe. Der französische Rotwein sei zwar billig, aber schlecht und im allgemeinen gefälscht, denn nirgends werde soviel geschmiert als in Frankreich. Es wäre das Richtige, wenn die Marineverwaltung an den Rhein ginge und dort ihre Einkäufe besorgte. (Beifall.)

Staatssekretär v. Leipzig erklärt, daß die Marineverwaltung ihren Weinbedarf nach Möglichkeit am Rhein decken werde.

Der Titel wird bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Ein städtischer Beamter als schwerer Einbrecher. In den letzten Wochen wurden in der Ohlauer Vorstadt zu Breslau unausgesetzt die Vorratskeller sehr zahlreicher Restaurationen erbrochen, wobei der Dieb Fleisch, Wurst, Speck, Wein u. a. m. mitnahm. Ein Restaurateur von der Ohlauer Chaussee, bei welchem binnen kurzem viermal hintereinander eingebrochen worden war, verlor schließlich die Geduld und ließ eine elektrische Läutvorrichtung von dem Keller nach seinem Laden anbringen. Am 27. v. Mts. ertönte das Läutewerk und sofort wurde der Keller gestürmt. Hier fand man zu allgemeinem Erstaunen den städtischen Wasserkontrollleur, welcher bereits 7 Rfd. Speck und 2 Leberwürste in seinem Rock verborgen hatte. In seinem Beiß befanden sich 52 kleine Schlüssel und zwei Sperrhaken. Der erappte Dieb wurde alsbald der Polizei übergeben.

Massenverhaftungen ungetreuer Eisenbahnbeamter. Aus Krefeld wird den „Berl. Neuesten Nachr.“ gemeldet: In den letzten Tagen sind in der Gegend von Krefeld unter den Bahnbeamten und Arbeitern wohlorganisierte Diebesbanden entdeckt und verhaftet worden, deren Tätigkeit hauptsächlich darin bestand, nächtlicherweise Frachtkübel, ja sogar ganze Kolliwagen zu herauben. Die Beträge, die die Eisenbahnverwaltung zu ersetzen hat, betragen Unsummen, da von den Dieben mit Sorgfalt nur die besten und teuersten Waren ausgewählt wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch Lademeister, Wagenmotierer, besonders aber Rangierer. Verhaftet wurden in Düsseldorf 10 Personen, in Stolberg 8, in Krefeld 4, Rote Erde 5 und in Aachen 2 Personen. Zahlreiche Verhaftungen stehen noch bevor.

Mord und Selbstmord. Der 33-jährige Landarbeiter Alfermann aus Schadeck (Kreis Oberlahnstein), welcher seit einiger Zeit in Lüttel-Koblenz mit einer Frauensperson zusammenwohnte, erschloß sein fünfjähriges Töchterchen aus Wut darüber, daß man die Frau wegen Geistesgestörtheit in die Irrenanstalt Andernach gebracht hatte. Er erschloß sich darauf durch zwei Revolverkugeln in den Kopf. Er hatte sein Vorhaben Dienstag von Andernach hierher gemeldet; da der Mann aber polizeilich nicht zu ermitteln war, konnte die Tat nicht verhindert werden.

Um sich im Besitz der Unfallrente zu erhalten, bezog um diese zu erhöhen, hinderte der Arbeiter Theodor Kolb Müller wiederholt den Heilungsprozeß einer Wunde. Wegen Betrugs unter Anklage gestellt, verurteilte ihn das Leipziger Landgericht zu 6 Monaten Gefängnis.

Chetragödie. In einem Hause in Danau spielte sich eine Chetragödie ab. Der in den 20er Jahren stehende, von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Georg Engel war in deren Wohnung eingedrungen und versuchte sie zu ermorden. Er brachte ihr lebensgefährliche Stiche in die Schläfengegend und in die Brust bei, wobei das Messer abbrach; leichtere Verwundungen erhielt die Frau außerdem an den Armen und an der Schädeldecke. Als auf das Geschrei der Frau ein Mann herzuwies und Engel von seinem Opfer zurückwich, schnitt sich dieser selbst mit einem Taschenmesser den Hals durch. Beide Ehegatten leben noch, sind aber schwer verletzt; sie wurden in das Landkrankenhaus gebracht. Sie standen im Scheidungsprozeß, und dieser Tage sollte gerichtlicher Termin sein.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. Jan. Ein schweres Bau-Unfall, bei dem die verheirateten Arbeiter Wilken und Kroll von der vierten Etage in die Tiefe stürzten und sich schwer verletzten, ereignete sich heute mittag auf einem Neubau in Wilmersdorf. Die Ursache des Zusammenbruchs soll Unvorsichtigkeit der Gerüstbauer sein. Das Gerüstmaterial wurde von der Behörde als einwandfrei festgestellt.

Berlin, 30. Jan. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich heute in der Kaiser Friedrichstraße zu Altdorf ereignet. Dort sah die Frau des Putzmachers Feuer ihrer Niederkunft entgehen. Als sich ihr Mann entfernt hatte, um ärztliche Hilfe herbeizuholen, muß die Frau die neben dem Bette stehende Petroleumlampe durch eine unvorsichtige Handbewegung umgeworfen haben; das Bett fing Feuer und die unglückliche Frau starb einen qualvollen Flammentod, ehe der Mann zurückgekehrt war.

Berlin, 30. Januar. Unter dem Verdacht, den Mord an der Witwe Niebock im Trödlerladen verübt zu haben, wurde der Galvaniseur Nische verhaftet. In

seiner Hölse wurden Blutspuren gefunden, die er durch Waschen hatte entfernen wollen. — Der des mehrfachen Kindermordes verdächtige, wahrscheinlich geisteskrante Buchdrucker Minow scheint jetzt überführt werden zu können. Das bei den Morden benutzte, wieder aufgefundenen Messer erkannte er beim Verhör als das seinige an. Auch einige Zeugen bestätigten, daß das Messer Eigentum des Minow sei. — In der Mordangelegenheit des Försters Schwarzenstein in Müggelsee wurde der Rutscher des Ermordeten, ein 19-jähriger früherer Fürsorgezögling Ernst Melisch, unter dem dringenden Verdachte der Begünstigung verhaftet und dem Polizeipräsidenten eingeliefert.

Altenstein, 30. Jan. Wie nachträglich bekannt wird, ist unter den Sachen der Frau von Schönebeck Arsenik gefunden worden, das der Hauptmann von Goeben in einer Altensteiner Apotheke vor der Mordtat gekauft hat. Ursprünglich soll der Plan bestanden haben, den Major zu vergiften, wozu jedoch seine Frau nicht die Hand reichen wollte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein gesunder Junge angekommen.
A. H. Passaroe u. Frau geb. Lembt.

Am Montag morgen 3 Uhr entschlief unser kleiner süßer Rudolf im zarten Alter von 4 Monaten. Die tiefbetrübten Eltern
Gerech. Rudolf Tiedt u. Frau.

Herrn Koop und Frau die besten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.
Familie Tiedt.

Unserem Kollegen J. Koop nebst Frau Gemahlin zu ihrer silbernen Hochzeit
die besten Glückwünsche!
F. L. u. W. A.

Logis für zwei Mann zu vermieten.
Gr. Vogelstraße 13 a.

Zu vermieten eine Wohnung an einzelne Leute.
H. Schäfer, Neufeldstr.

Freundl. Logis zu vermieten an 1 oder 2 Mann.
Weichhoffstr. 18, H.

Gesucht besseres möbliertes Zimmer, ev. mit voller Pension.
H. Sch an die Gr. d. M.

1 gebrauchtes Fahrrad 25 Mk.,
1 fast neues Fahrrad 55 Mk.,
neue Hand- u. Trittnähmaschine mit 5jähriger Garantie, zu jedem annehmbaren Preis.
O. Hartmundt Schwart, Allee 99.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 geit., anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrm., Königsstr. 62, b. d. Dürst.
Gebe rote Rabattmarken.

Neue Sommerfang- und
Majest-Gringe
sowie sämtliche Fisch- und Seeische, vieler Räucherwaren empfiehlt
Fischhalle „Hansa“,
Fähnstraße 33, Markthallenstand 104.
Telephon 1869. Note Rabattmarken

Ba. fetter Speck Pfd. 75 Pfg.
" magerer Speck " 80 "
" weißes Schmalz " 65 "
Obiges bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd. 5 Pfg. billiger.

Ba. fettes Rindfleisch Pfd. 55, 60 u. 70 Pfg.,
Schweinefleisch 60, dicke Flomen 65, Kochrippen von 30 Pfg. an, Abfallnochen mit etwas Fleisch 10 Pfg., H. Rauchfleisch 70 Pfg., ger. Nacken 80 Pfg., Kollischutteln 80 Pfg., Schweinebacken ohne Knochen 60 Pfg., ger. Schweineköpfe 45 Pfg., gefochte Mettwurst, Leberwurst u. ger. Leberwurst 70 Pfg., Presswurst 50 Pfg., Braunschweiger 70 u. 50 Pfg., Rohwurst 60 Pfg., Kuhwurst 50 Pfg., fr. Kopffleisch 40 Pfg., Brot- und Grühwurst Stück 10 Pfg.

ff. Aufschnitt pr. Pfd. 1.00 Mk.
M. Lohrtz, Böttcherstr. 16.

Kopffleisch
Leberwurst
Brotwurst
sowie jeden Sonnabend
Warme Knackwurst.
Heinr. Viereck
Südstr. 96.

Empfehle:
Ba. Quackfleisch Pfd. nur 60 Pf.
Kochfleisch 70 Pf., Gehacktes 70 Pf.
Schweinefleisch 60 und 65 Pf.
Kalbf. 50 Pf. und Keule 60 Pf.
Jeden Sonnabend heiße Knackwurst, sowie sämtl. Wurstwaren zu billigsten Preisen.
Wilhelm Becker
Schlachtereie und Wurstmacherei.
Nr. 13 Meierstraße Nr. 13.

Empfehle ganz prima junges
Fleisch
und
sehr dicke Flomen.
Ernst Wulff Frau S. Becker
Dankwardtstraße 34. Fischergasse 23.

Geschäfts-Uebnahme.

Meinen verehrten Nachbarn, Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich mein Kolonial-, Fettwaren- und Brotgeschäft Kleiner Kiesel 8 am heutigen Tage Herrn Heinrich Feddern künstlich überlassen habe.

Indem ich für das mir bewiesene Wohlwollen und Vertrauen herzlich danke, bitte ich, daselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen. Hochachtungsvoll
Heinrich Putensen.

Auf obiges bezugnehmend, gebe ich einem verehrten Publikum hiermit das Versprechen, für tadellose Ware, prompte, zuvorkommende Bedienung besorgt zu sein und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens. Hochachtungsvoll
Lübeck, den 2. Februar 1908. tungsvooll
Heinrich Feddern.

Die Rind- und Schweineschlachtereie mit Wurstfabrik
von
Wildestraße Nr. 5. Willy Stapelfeldt Engelsgrube Nr. 66.

empfehle zum Sonntag:
Prima Quackfleisch Pfd. 60 Pfg. Ausnahmeweise dickes fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.

Prima Schweinefleisch " 60 " Dicke Flomen " 70 "
Prima Kalbfleisch " 50 " Dicke fettes Hammelfleisch " 70 "
Hochfeine Karbonade " 70 " Prima Scheibenbiersteak Pfd. 1.00 Mk.
Prima Gehacktes " 70 " Prima Gulasch Pfd. 80 Pfg.

sowie sämtliche andere Fleisch- und Wurstwaren in prima Qualität zu äußerst billigen Preisen.

NB. Sämtliche Beatenstücke für den ausnahmeweis billigen Preis Pfd. 60 Pfg. Jeden Sonnabend abend prima heiße Knackwürste.

Morgen Sonnabend
empfehle
als ausnahmeweise billig in gewohnter guter Qualität:
Leberwurst das Pfund nur 50 Pfg.
Blutwurst " " " 50 "
Presskopf " " " 50 "
Krellwurst " " " 50 "
Verkauft in meinen sämtlichen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

Empfehlen

Pr. junges fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.	Pr. Gehacktes Pfd. 70 Pfg.
" Schweinefleisch " 60 "	" Kalbfleisch " 80 "
" Karbonade " 70 "	" Gulasch " 70 "
" Quackfleisch " 60 "	" Leberwurst " 80 "
" Kalbfleisch Pfd. 50, Keule " 60 "	" beste Gefochte 90, Gefochte " 80 "
" junges Hammelfleisch " 70 "	" Presswurst " 80 "
" Biersteak " 1.00 Mk.	

ff. Aufschnitt 1 Mk.,
sowie jeden Sonnabend: heiße Knackwurst.
H. Schmalfeld & W. Mamerow,
Schlachtereie und Wurstmacherei. Meierstr. 26.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Kohlm. 10.
3. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
OO Rote Lubeca-Marken. OO

Portwein und andere Süßweine
billig
W. Rahfoth, Unterstraße 113.
Heinrich Beckmann
Reiferstraße 6
Schuhwaren aller Art billig.
Note Rabattmarken.
Reparatur-Werkstatt. — Handarbeit.

Empfehlungs-Karten
liefern prompt und sauber
Die Druckerel des Ldb. Volksboten
Johannisstraße 46.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,45 Mark.

E. BOY, Fischhandlung
Teleph. 115.
Königsstraße 61, bei der Fleischhauerstraße. Markthallenstand 46. Sonnab. trifft große Send. Seeische ein: Gadl, Seelachs, Pfd. nur 20 Pfg., im Aufschnitt 22 Pfg., Hamburger Steint. bill. Tägl. fr. geräuch. Hake, Bücklinge, Sprotten.

Käse-Abteilung.

Prima Holländer Käse . . . Pfd. 80 Pfg.
Prima Schweizer Käse . . . 80 "
Vollfein Zister . . . 70 u. 60 "
Guter Käse . . . 40 "
4 alte Parzelle . . . 10 "
2 echte gr. Kränterkäse . . . 15 "

Fettwaren-Abteilung.

Rauchfleisch . . . Pfd. 85 Pfg.
Schweineköpfe . . . Pfd. 48 "
Ger. Lachs . . . Pfd. 80, 100, 120 "
weißes sauberes Schmalz . . . 60 "
Neurarine (Pflanzenbutter) . . . Pfd. 55 "
Ba. Margarine Pfd. 70, 2 Pfd. 135 "
Fetten und mageren Speck . . . Pfd. 80 "
ff. Kirchsaff . . . 30 u. 40 "
12 Beringe . . . 55 "
Magdeburger Sauerkohl 2 Pfd. 15 "

Gemüse-Konserven.

2 Pfd. Brehbohnen . . . 28 Pfg.
2 " Schnittbohnen . . . 28 "
2 " Lebziger Allerlei . . . 48 "
2 " Spargel . . . 55, 70, 88 "
2 " Junge Erbsen 38, 48 u. 55 "

Ed. Speck, Süßstraße 80 u. 82.

Sozialdemokr. Verein Malefan.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr
im Lokale der Witwe Kopp.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 2. Februar, nachmittags 3 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilung des Hauptvorstandes.
2. Streit in der Grevesmühlener Malzfabrik.
3. Verschmelzungsfrage.
4. Angelegenheiten der Braunbier-Brauereiarbeiter.
5. Erledigung verschiedener wichtiger Angelegenheiten.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung!
Schweinegilde für Fadenburg und Umgegend.

General-Versammlung
am Sonntag, 2. Febr. 1908, nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn H. Dose.
Der Vorstand

Kaffeehaus Stockelsdorf
Sonntag, den 2. Februar:
Gr. Tanzmusik
verb. mit Kappensfest.
Wozu freundlichst einladet
Adolf Bux.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: L. Piorkowski.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Zu besonders kleinen Preisen.
30, 40, 50, 60, 75 Pfg., 1 Mk.,
Einmalige Kindervorstellung
Prinzessin Tsipiane.
Die Reise nach dem Mond.
Abends 7 1/2 Uhr,
des großen Erfolges wegen:
Erneutes einmaliges Gastspiel
Signorina Franceschina Prevosti
Traviata.
Oper in 4 Akten v. Verdi.

Inventur-Ausverkauf.

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Herren- und Knaben-Garderoben.

Grosse Posten Knaben-Paletots Pyjacksu. Joppen <i>teilweise</i> für die Hälfte.	Ein Posten	Herren-Jackett-Anzüge	sonst bis 16.00	21.00	34.50	46.00	
			jetzt	9 ⁰⁰	13 ⁵⁰	22 ⁵⁰	29 ⁰⁰ Mk.
	Ein Posten	Herren-Winter-Paletots	sonst bis 13.75	25.00	32.00	46.50	
			jetzt	8 ⁰⁰	16 ⁰⁰	22 ⁰⁰	29 ⁵⁰ Mk.
	Ein Posten	Herren-Buckskin-Hosen	sonst bis 2.25	3.00	5.75	8.50	
			jetzt	1 ⁵⁰	2 ⁶⁰	3 ⁹⁰	5 ²⁵ Mk.
	Ein Posten	Knaben-Anzüge	sonst bis 4.50	8.75	12.50	16.50	
			jetzt	2 ⁰⁰	5 ⁰⁰	7 ⁵⁰	9 ⁷⁵ Mk.

In der II. Etage extra ausgelegt.

Schuhwaren.

In der II. Etage extra ausgelegt.

Einzelpaare und kleine Restbestände für die Hälfte und darunter.	Ein Posten	Herren-Schnür- und Zug-Stiefel	Wert 7.90	8.90	13.50	14.50	
			jetzt	5 ⁹⁰	6 ²⁰	9 ⁷⁵	10 ⁵⁰ Mk.
	Ein Posten	Damen-Schnür- und Knopf-Stiefel	Wert 5.90	6.90	8.50	10.75	
			jetzt	4 ⁶⁰	5 ⁴⁰	6 ⁴⁰	7 ⁹⁰ Mk.
	Ein Posten	Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel	Wert 3.10	3.90	4.50	6.00	
			jetzt	2 ⁷⁵	3 ¹⁰	3 ⁷⁵	4 ⁹⁰ Mk.
	Ein Posten	Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel	Wert 4.75	6.00	7.00	7.90	
			jetzt	3 ³⁰	4 ⁸⁰	5 ⁶⁰	6 ³⁰ Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.



Ausverkauf

von zurückgesetzten guten, haltbaren Korsetts zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Th. Jepsen, Korsettfabrik, 7 Pfaffenstraße 7.

Ausnahme-Preise für Lebensmittel.

11. Schweizerkäse . . . Pfd. 65 Pfg.	11. gemahlener Zucker . . . Pfd. 20 Pfg.
12. Butter Käse . . . Pfd. 58. 40 u. 30 Pfg.	12. Zucker 22
13. Hartkäse (alt) . . . Kilo 80 u. 70 Pfg.	13. Korintzen 33
14. Salzheringe . . . 10 Stück 48 u. 38 Pfg.	14. Weizenmehl 16
15. Bruchheringe . . . 5 Stück 10 Pfg.	15. Gerstelmehl 15
16. 10 Pfd. König m. Topf . . . 2.50 Mk.	16. Backobst 40
17. 10 Pfd. Marmelade mit Cimer 2.40 Mk.	17. Backbirnen 19

Auf ein Pfd. Margarine 5 Rabattmarken gratis. Gr. Partien Wurst billigst.
 Duzend Apfelsinen von 20 Pfg. an.
 Preise im Schaufenster.

Otto Burckhardt, Huxstr. 42.
 Verlangen Sie trotzdem Rabattmarken.

9 Eier 60 Pfennig

Fr. Bauernbutter Pfd. 1.25, Landfleischköpfe Pfd. 50 Pfg.
 Alten Tilsiter Bruchkäse Pfd. 30 u. 40 Pfg.

Obere **Hans Wegener** Obere
 Wahnstraße 10 Wahnstraße 10

Auf alle Waren rote Lubeca-Marken.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Ecke Greveraden- u. Klappenstraße** ein **Kolonialwaren-, Delikatessen- und Fettwarengeschäft.**

Wurst- und Fleischwaren aus der Thüring. Wurstfabrik Aug. Scheere
 Lübeck.

Führe nur beste Waren zu **allerbilligsten Preisen** und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens. Hochachtungsvoll

Lübeck, den 1. Februar 1908.

Chr. Piel.
 Eigene Rabattmarken. Gebe auf je 20 Pfg. eine Marke.
 Ecke Greveraden- u. Klappenstr.

Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

(G. S. Nr. 24.)

General-Versammlung

am Freitag, den 31. Januar 1908,
 abends 8^{1/2} Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts.
3. Abänderung der §§ 7, 11 u. 12 des Statuts (Beitrag u. Unterstützungsbeitrag betr.)
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse.
 Der Vorstand.

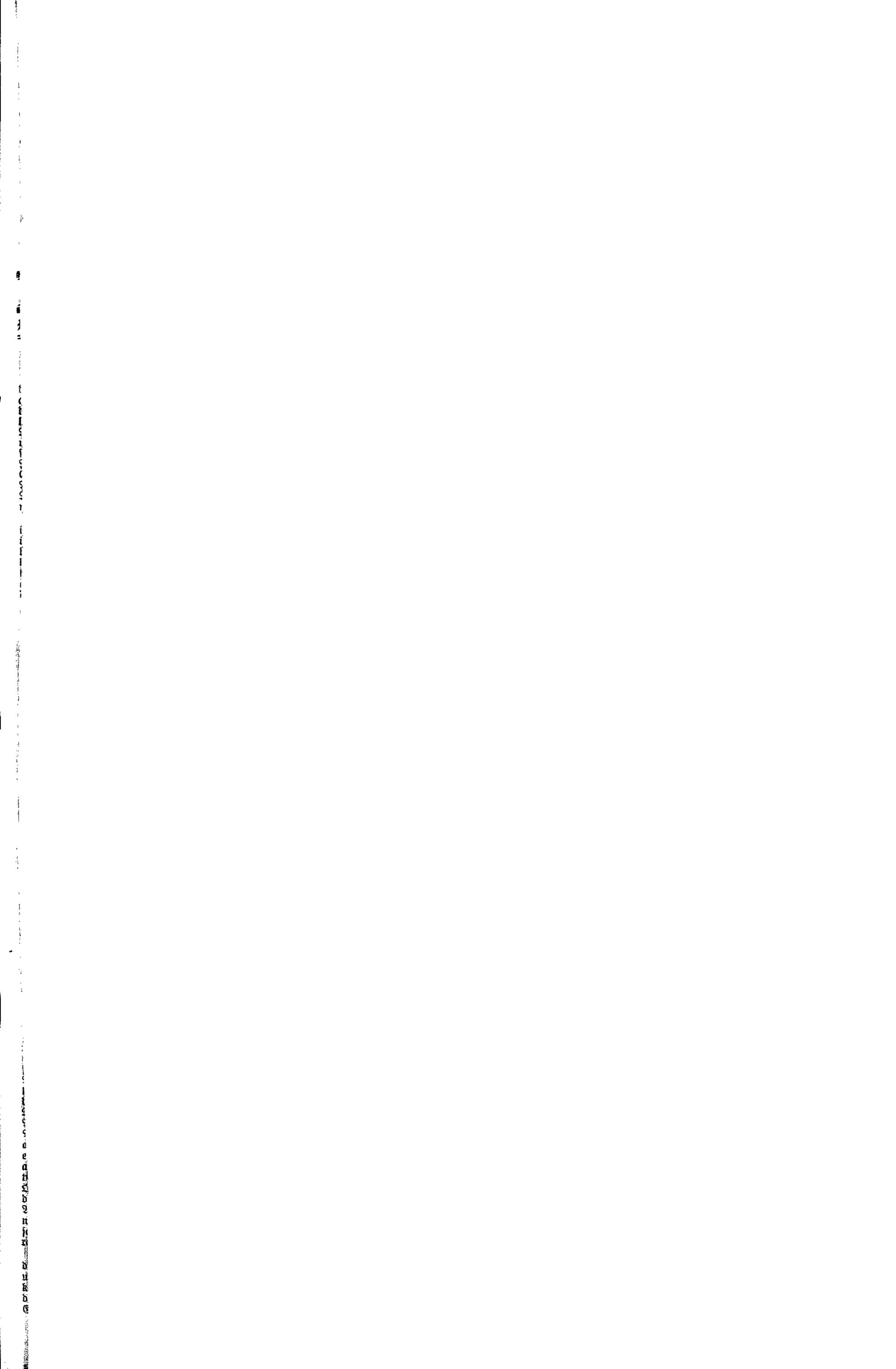
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

GROSSER INVENTUR-AUSVERKAUF

Tassen, Porzellan jetzt 9 Pfg.	Glasteller jetzt 6 Pfg.	Straßenbesen jetzt 38 Pfg.	Sleiderbürsten nur 22 und 28 Pfg.
Eierbecher 5 Pfg.	Batterdosen nur 22 Pfg.	Haarbesen statt 115, jetzt 98 Pfg.	Wichsbürsten jetzt 23 und 33 Pfg.
Untertassen jetzt 4 Pfg.	Salz-Messagen 4 Pfg.	Handseger jetzt 38 und 48 Pfg.	Emaill-Wasser-Eimer nur 75 Pfg.
Nachtgeschirre, statt 65 jetzt 40 Pfg.	Glasschüsseln 9, 10, 18 Pfg.	Schneerbürsten jetzt 10 Pfg.	Emaill-Wannen jetzt 68 Pfg.

Reiters Werke Band 22 Pfg. Kaffee-Service, 9teilig, komplett 2.60 Mk.

Breitestr. 33. BIESEN-BAZAR. Breitestr. 33.
 Pietro Cagna.
 Trotz unserer enorm billigen Preise rote Lubeca-Marken.



Februar